

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

185 (11.8.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 6.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Kreisvertrieblagen abgeholt 6 M monatlich. — Einzelheft 25 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile 8.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Pariser Pfuscharbeit vor der Vollendung

England zum Kompromiß bereit — Den großen Worten Lloyd Georges folgt eine jämmerliche Tat — Ein Kompromiß auf Kosten Deutschlands — Oberschlesien soll zum dauernden Unruheherd verstümmelt werden

Das Kompromiß in Paris scheint vor der Vollendung zu stehen oder inzwischen schon fertig zu sein. Es wird in der Hauptsache auf Kosten Deutschlands abgeschlossen werden. Den tönenden Redensarten Lloyd Georges am ersten Beratungstage ist, wie gewohnt, eine jämmerliche Tat gefolgt. Wir haben nicht viel besseres von Lloyd George erwartet. Wenn auch aus dem Nachrichtendurcheinander, das aus Paris herniederpurzelt, noch nicht ganz klar die Einzelheiten des Kompromisses zu erkennen sind, das unglückliche Oberschlesien liegt auf dem Obergericht der Macht, der Entente, die als bewährte Wächter in dem ober-schlesischen Leibe herumstreifen. Oberschlesien wird also auch in Zukunft den Brandherd für Unruhen bilden, Deutschland und Polen in schärfste Kampfstellung gegeneinander gedrängt, ohne daß einer der beiden Staaten mit dem ihm zugewiesenen Teile Oberschlesiens wirklich etwas rechtes anzufangen vermag. Frankreich wird die beabsichtigte Schwächung Deutschlands zum guten Teil erreichen und England hat dem Kontinent einen neuen Pantoffel hingeworfen, der den Kontinent nicht zur Ruhe kommen lassen wird. Auf Grund des Deutschland gegebenen Besessenen Oberschlesiens wird dann versucht werden, die auferlegten Zahlungen trotz alledem aus ihm herauszuwickeln. Das Kabinett Briand soll gerettet werden, auch das Kabinett Birrh; das letztere, damit die Verpflichtungen möglichst eingehalten werden. Im übrigen ist Deutschland und mit ihm schließlich auch Kontinentaleuropa aufs neue zerstückelt und gebeutelt. Was in Paris berät wird in diesen Tagen in schändliche politische Pfuscharbeit, die sich schwer rächen muß.

Wir lassen aus dem Sturmhauch der Nachrichten die nachstehenden folgen:

Die Vormittagssitzung am Mittwoch

II. Paris, 10. Aug. Die Vormittagssitzung des Obersten Rates begann um 11 Uhr im Ministerium des Auswärtigen. Briand gab bekannt, daß die Sachverständigenkommission für Oberschlesien ihre Arbeiten nicht vor 7 Uhr heute abend beenden haben wird. Unter diesen Umständen wird der Oberste Rat erst morgen die ober-schlesische Frage besprechen. Der Oberste Rat beschäftigte sich sodann mit der Orientfrage und besonders mit dem Problem der Neutralität gegenüber Griechenland und Türkei. Briand vertrat den Standpunkt, die alliierten Regierungen haben beschlossen, im griechisch-türkischen Konflikt eine absolute Neutralität zu bewahren. Wir haben uns in Paris geeinigt, am Konflikt nicht durch Entsendung von Hilfe in der Form von Truppen, Waffen oder durch Gewährung von Krediten teilzunehmen, ohne daß jedoch diese Entschickung die Handelsfreiheit beeinträchtigen darf. Ferner beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage der Mobilität und nahm folgende Entschickung an: Die alliierten Regierungen referieren die Möglichkeit, ihre Vermittlung anzubieten; sie sind der Ansicht, daß der Augenblick für eine solche Intervention, wenn sie Erfolg haben soll, noch nicht gekommen ist. Schließlich beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage von Konstantinopel und der Meerenge. Die nächste Sitzung findet heute nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Kontrolle über die deutsche Aeronautik.

Die Nachmittagsitzung am Mittwoch

II. Paris, 10. Aug. Der Oberste Rat hat in seiner Nachmittagsitzung technische Fragen geprüft betr. die Tätigkeit der Kontrollkommission, besonders betr. die aeronautische Kontrollkommission. Die internationale Militärmission ist aufgefördert worden, den Regierungen einen Bericht über die aufgeworfene Frage vorzulegen. Im zweiten Teil seiner Sitzung hat sich der Oberste Rat mit der durch die Hungernot in Rußland hervorgerufenen Situation beschäftigt. Es ist beschlossen worden, die Bildung einer internationalen Kommission zu veranlassen, die die Möglichkeit einer Hilfsaktion für die ausgehungerte russische Bevölkerung prüfen soll. Die Debatte über diese Frage wird heute morgen fortgesetzt.

Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen-Kommission

II. Paris, 11. Aug. Nach Schluß der Sitzung der Sachverständigen verbreitete sich in Paris das Gerücht, daß innerhalb der Sachverständigenkommission ernste Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung des Industriegebietes herorgezogen sind. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates demensterte Briand das Gerücht. Es liege keine Uneinigkeit vor, erklärte der Ministerpräsident, aber die Tätigkeit der Sachverständigen ist heftig und schwierig. Nach Mitteilungen einer französischen Nachrichtenstelle „bezügliche“ es sich andererseits, daß die Sachverständigen sich auf die Demarkationslinie des Grafen Sforza zu einigen scheinen.

II. Paris, 11. Aug. Der belgische Ministerpräsident Jaspar ist gestern morgen in Paris eingetroffen.

Die Rolle des amerikanischen Vertreters in Paris

II. La Haye, 10. August. Der Berichterstatter der „West Minister Gazette“ ist der Meinung, daß Garvey möglicherweise die Hauptpersonlichkeit in der Konferenz des Obersten Rates sein werde. Jedermann sehe auf die Stellungnahme Amerikas. Frankreichs Politik gehe jetzt darauf aus, nichts zu tun, was ihm in den Augen Amerikas schaden könne; denn je mehr Frankreichs Politik sich von der englischen entfernt, umso mehr verliere es an Amerika zu rücken. Niemand zweifelt daran, daß die Ansicht des Vorkonferenz Garenh auf der Pariser Konferenz entscheidend für die Haltung Amerikas sein werde. Lloyd George habe den Vorteil auf seiner Seite, einen Vertreter Amerikas anwesend zu haben, der besonders Gelegenheit gehabt hat, den britischen Standpunkt zu beobachten. Man könne wohl sagen, daß Lloyd George alle seine Kräfte für die Pariser Konferenz mobilisiert habe.

Die Mogelei der Ententemachthaber um das Kompromiß

II. Paris, 10. August. Im Laufe des Nachmittags wird der Bericht der Sachverständigen vorgelegt werden, der wie anzunehmen ist, zu einer Verständigung zwischen Frankreich und England führen wird. Dieses Kompromiß wird hier so dargestellt:

Die deutsche Meise von der Unteilbarkeit Oberschlesiens ist nicht angenommen worden und die englische Meise von der Unteilbarkeit des Industriegebietes wird gleichfalls aufgegeben. Dagegen wird die Teilung des Industriegebietes nicht nach den französischen Wünschen, sondern mehr zum Vorteil der Deutschen erfolgen. Statt des festen Blockes, den das Industriegebiet bildet, werden mehrere wirtschaftliche und topographische Einheiten von Städten und Landgemeinden geschaffen werden, über deren Zugehörigkeit noch entschieden werden muß.

Nach Berechnung des „Echo de Paris“, dessen Mitarbeiter Vertinax mit dem Ergebnis der Politik Briands nicht zufrieden ist, sollen Deutschland 55 bis 60 Proz. des unstrittigen Gebietes zufallen. Die Grenzlinie, die vorgeschlagen wird, soll nach den Angaben des Gut unterrichteten „Echo“ einen Teil zwischen den beiden Sforza-Linien bilden, mit einer kleinen Begünstigung der deutschen Interessen. Die Regierungsbürokraten, wie der „Reit Parisien“ sind zufrieden damit, daß die Entente nicht auseinander gegangen ist. Es wird darauf hingewiesen, daß der genaue Wortlaut der Rede Lloyd Georges vom Auswärtigen Amt nicht ausgeben worden ist, um die öffentliche Meinung nicht ungünstig zu beeinflussen.

III. London, 10. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Graphic“ meldet aus Paris, man näherte sich einer Lösung des ober-schlesischen Problems. An gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß der Oberste Rat bereits eine Regelung der ober-schlesischen Frage erzielt habe. Die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festsetzung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden, statt von Osten nach Westen verlaufe. England müsse in dem Industriegebiet Voben an Polen überlassen und Frankreich müsse dagegen einen Teil des ganzen unentwickelten Gebietes von Plesch und Rybnitz Deutschland zugestehen. Ein Punkt der Einordnung gemacht habe, sei, daß in etwa 15 Jahren das Industriegebiet wahrscheinlich schon viel weniger wirtschaftlich wert sein würde, während der nicht ausgebeutete südliche Bezirk entsprechend im Werte steigen werde.

III. London, 10. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die englischen Sachverständigen hätten außer der Plesch-Linie die Polen mit Plesch und Rybnitz nur einen geringen Teil des Industriegebietes im Nordwesten zuweist, noch weitergehende Vorschläge bereitgehalten, die einen Verlust darstellen, Polen für den Verlust des ganzen Industriegebietes zu entschädigen. Durch Abtretung eines beträchtlichen Gebietes im Norden um Bialystok herum und ein weiteres Gebiet im Westen von Sandowit. Als einen Beweis für die wenig klare Haltung der französischen Sachverständigen führt der dipl. Berichterstatter des „Daily Telegraph“ an, daß bei den vorläufigen Besprechungen die französischen Sachverständigen so weit gingen, vorzuschlagen, daß England den Polen einen großen Teil des Industriegebietes zuspreche, wofür Frankreich an Deutschland eine Anzahl polnischer Landgemeinden überweisen wolle, die England vollkommen bereit war, wegen ihrer polnischen Bevölkerung Polen zugewiesen. Wenn dieser Kompromiß zustande komme, so würde der Erfolg der sein, daß Polen eine geringere polnische Bevölkerung erhalte als England ihm zu geben bereit sei.

III. Paris, 10. Aug. Ueber das Verfahren, das die Alliierten bei der Festsetzung der ober-schlesischen Grenze durch Beschluß des Obersten Rates einzuschlagen gedenken, glaubt der

„Intransigent“ folgendes mitteilen zu können: Zuerst müßten die Oberkommissare auf ihre Posten zurückkehren, dann die Alliierten Truppen an Ort und Stelle in Verteidigungsstand gebracht werden. Darauf werde man in Berlin und Warschau wissen lassen müssen, daß jede der beiden Regierungen eine große Verantwortung auf sich nehme, wenn sie es zu Unruhen oder Massenbewegungen kommen lassen. Im übrigen sei noch nicht bekannt, wie der Oberste Rat seine Entscheidung den Beteiligten bekanntgeben werde.

Ueber das Kompromißwerk und die Haltung Englands und Italiens

Die Rede Lloyd Georges wird in der englischen Presse „Morning Post“ und „Daily Herald“ eingeschlossen, allgemein gebilligt. Die „Times“ hält die Behauptung, daß die britischen Staatsmänner eine Verdrängung der Deutschen aus Oberschlesien nicht zulassen würden, für etwas übertrieben. Ganz allgemein wird offensichtlich auch außerhalb der Presse die scharfe Rohnung des englischen Regierungschefs an Frankreich gebilligt.

Ueber die Tragweite der Antwort Briands gehen die Meinungen auseinander, doch meldet der „Daily Chronicle“, daß die Konferenz die drei Grundzüge Lloyd Georges, auf Grund derer die Sachverständigen einen neuen Vorschlag machen sollen, einstimmig angenommen habe. Der in Lloyd Georges Formeln ausgedrückte Grundfals, daß die Entscheidung gemäß den ökonomischen Bedürfnissen zu fällen sei, was Paris bisher ablehnte, bedeutet als Willensausdruck der Konferenz auch materiell eine Annäherung an den englischen Standpunkt. Freilich: bestehen bleibt ein großer Teil der praktischen Schwierigkeiten, da jetzt zu prüfen ist, welche Bezirke denn nun eigentlich zur wirtschaftlichen Einheit des Industriegebietes gehören. Es steht jedoch fest, daß die englischen Sachverständigen die Einheit dieses durch deutsche Arbeit aufgebauten Wirtschaftsorganismus weitgehend anerkennen. Andererseits waren die englischen Experten und besonders die Londoner Regierung von Anfang an geneigt, nicht nur Plesch und Rybnitz, sondern außerdem auch eine nach englischer Meinung für die ökonomische Einheit des Industriegebietes nicht unentbehrlichen Gebietsstreifen im Osten des Dreiecks Polen zugewiesen. Die englischen Sachverständigen räten neuerdings „in den Fall einer Verständigung mit ihren französischen Kollegen bereit gewesen, das Gebiet um Lublitz und Sandowit an Polen zu geben, wie kürzlich schon angedeutet wurde.

Die Haltung Italiens auf der Pariser Konferenz beruht auf einer hochhoffizigen Erklärung des „Messaggero“ außer den ober-schlesischen Verhältnissen auch die Notwendigkeit, die Entente zu erhalten. Die italienische Delegation habe die Sforza-Linie aufgegeben und die de Marinis-ervival-Linie zur Grundlage ihrer Vorschläge gemacht, was eine Annäherung an den Standpunkt Englands bedeute.

Kompromiß auf der Grundlage der abgeänderten Sforza-Linie

Eine private Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Paris besagt folgendes:

Der Oberste Rat wird nicht auseinandergehen, ohne die ober-schlesische Frage geregelt zu haben. Der Weg zu einer Verständigung ist gefunden; welcher Art sie sein wird und ob das Kompromiß, das aus den Beratungen der Sachverständigen, die gestern wieder aufgenommen wurden und heute fortgesetzt werden, herauskommen wird, den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands in dem Umfang Rechnung tragen wird, wie man es nach der ersten Rede Lloyd Georges zu erwarten berechtigt wäre. — diese Frage wird erst der Verlauf des heutigen Tages beantwortet. Die Grundlage der Verständigung ist die, daß man auf englischer Seite das Prinzip der Unteilbarkeit des Industriegebietes aufgegeben hat, während Frankreich den englischen Standpunkt angenommen hat, daß die südlichsten Industriezentren des Zentralreviers, die sich in ihrer Mehrheit für Deutschland ausgesprochen haben, dem Deutschen Reich zugesprochen werden müßten und daß, um keine Entfremdungen zu lassen, ein Teil des sie umgebenden Gebietes trotz der polnischen Mehrheit diesem Industriegebiet angegliedert werden müsse.

Der Beschluß des Obersten Rates, der ihre Aufgabe umgrenzt, hat folgenden Wortlaut:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß in dem Zentrum des Abstimmungsgebietes, das unter dem Namen Industriegebiet bekannt ist, südliche Gemeinden mit härteren deutschen Mehrheiten und ländliche Gemeinden mit polnischen Mehrheiten dicht beieinander liegen, in Anbetracht ferner der Notwendigkeit, diese Situation nach Möglichkeit in Einklang zu bringen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, wird die durch die drei Vorkonferenzkommissare berufliche Kommission der Sachverständigen gebeten, die Frage nochmals zu prüfen und einen Bericht auszuarbeiten, der erkennen läßt, welche Gemeinden aus topographischen und wirtschaftlichen Gründen von den oben erwähnten großen südlichen Industriezentren nicht abgetrennt werden können. Der Bericht soll ferner angeben, welche Eisenbahnlinien für die wirtschaftliche Existenz und für das Gedeihen dieser Gegend notwendig sind.“

Seite 8
MPP
gerbst
ffee
Preislagen
abgepackt
chung
-25-30%
unkaffee
Pakete.
ffee-
satz
Lohnstoffe
Pakete.
N RIMDD
BRUHE
FGRASSTROSEN
SCHOKOLADEN
ENTFABRIK
MÜHLEN
halten
lital!
nen Dre
reigenen
bet Herrn
freund“.
der Sdbd.
stisched.onto
iter einge
Rf. 100 M.
16. 177 M.
Arzt. Reil
vorm. K.
meindekasse
dey. Haus
elt) 200 M.
M. Herr
n Sand A.
zu Jennine
erwählungs-
6 M. Herr
s hier 5 M.
eilung hier
n-Melamin-
starrpapier
Hrau F. K.
trag einet
n Jacques
M. Herr
Stellungen.
le und Be-
schl. 11. 11.
nderverein
hr 687 M.
Gaben der
f. 5478
eimattreuef
Z.
on 5111
Aug.
adscha
Droop
Feltz
Nison
cht des
ist die
ngenent
ecarli
ngwall
vorstel-
a.

Grenzen des Selbstbestimmungsrechtes

Aus den Berichten geht ein ganz unzweideutig hervor: So sehr die französische und die englische Meinung noch voneinander abweichen, so wenig besteht für Deutschland irgend eine Aussicht, das gesamte oberösterreichische Abstammungsgebiet zu behalten. Auch die englischen Sachverständigen sprechen sich für die Zuteilung der Kreise Bleß und Rybnik an Polen aus und damit dürfte die letzte Hoffnung für uns schwinden, diese zukunftsreichen Bezirke Oberösterreichs beim deutschen Reich zu verbleiben zu sehen. Mit dieser Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit hatte man in Deutschland, besonders in den führenden politischen Kreisen, bereits gleich nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses gerechnet. Ob es demnach politisch klug war, die schematische Parole der Unteilbarkeit ganz Oberösterreichs auszugeben, lassen wir dahingestellt. Vielleicht sprach dabei eine gewisse Rücksicht auf die deutsch-nationale Demagogie mit, die sonst den Regierungsparteien vorgebeugt hätte, deutsches Land samtlos preiszugeben.

Indessen darf man es der Sozialdemokratie nicht zum Vorwurf machen, daß auch sie bis zuletzt nach außen für die Unteilbarkeit Oberösterreichs eingetreten ist. Ritzsch sprach in einer Berliner Volksversammlung unter Genosse Dr. Köster über die Unteilbarkeit Oberösterreichs und ein Argument, das er damals anführte, verdient besondere Beachtung. Er sagte etwa: Man beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, um die Notwendigkeit einer Abtretung einzelner Kreise Oberösterreichs an Polen zu begründen. Man vergißt dabei ganz, daß eine volle Million deutschsprachender — und fühlender Menschen durch das Versailler Diktat zu Polen geschlagen wurden und zwar ohne Volksabstimmung. Und wäre es denn danach noch eine furchtbare Ungerechtigkeit, wäre es nicht vielmehr ein sehr nützlich Gegengewicht, wenn 470000 Polen in Deutschland bleiben würden? Er schloß mit den Worten: „Wenn schon Gerechtigkeit, dann doch auf beiden Seiten!“

Besonders die französische sozialistische Presse hat es in den letzten Wochen unserer Partei besonders verübelt, daß sie an dem Gedanken der Unteilbarkeit festhielt und dies im Gegensatz zu diesen Musterknaben, den deutschen Unabhängigen, die Bleß und Rybnik längst preisgegeben hätten. In Vorwürfen von französischer sozialistischer Seite sind wir nachgerade gewöhnt und wir haben schon längst aufgehört, uns darüber aufzuregen. Indessen möchten wir gerne wissen, was die französischen Sozialisten auf das Argument des Genossen Köster zu erwidern hätten. Etwa, daß sie seinerzeit mit unwiderstehlicher Wucht gegen die Abtretung Polens und Westpreußens ohne Volksabstimmung protestiert hätten? Oder etwa, daß sie überhaupt seit jeder allen anderen Parteien Europas mit dem Beispiel der internationalistischen Gesinnung und Opferfreudigkeit vorangegangen seien? Wir wollen offen reden: Wir sprechen den französischen Sozialisten das moralische Recht ab, sich als Lehrmeister und Schiedsrichter uns gegenüber aufzuspielen. Wochenlang hat die sozialistische Presse Frankreichs nach dem Ausbruch des Korfanti-Muffandes die Sachlage so dargestellt, als handle es sich mehr um eine soziale als um eine nationalpolitische Bewegung und als stünden lediglich großkapitalistische Interessen deutscher und englischer Industriekreise der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker auf dem Wege. Von den französischen kapitalistischen Interessen, die damals ihre Hand im Spiele Korfantis hatten, war dort niemals die Rede. Erst sehr spät wurden sie durch die Aufsätze des Sonderberichterstatters des Vorier „Populaire“, des Genossen Cauchy, über die himmelschreiende Parteilichkeit der französischen Besatzungsbehörden und über die latäplichen terroristischen Erzfesse der Anführer aufgeklärt. Und dennoch mögen sie sich noch immer die Rolle des Lehrmeisters unserer

Partei gegenüber an. Ebenso die belgischen Genossen, die es dulden, obwohl sie selbst Regierungspartei sind, daß die Komödie von Selbstbestimmungsrecht, die in Eupen und Malmödy gespielt wurde, nunmehr in der Form sanktioniert wird, daß den deutschsprachenden Einwohnern dieser beiden Kreise das Wahlrecht zum belgischen Parlament einfach entzogen wird!

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nur ein Schlagwort, weil es im absoluten Sinne undurchführbar ist. Dieses Recht findet nämlich seine Grenzen in den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten der Staaten. Die Tschechen haben ganz recht, wenn sie sich dem Anschlußdrang der Deutschböhmen oder Deutschmähren widersetzen, weil die Tschecho-Slowakei in der Tat ohne die Industriegebiete Nord-Böhmens und Mährens nicht lebensfähig wäre. Und doch würden wahrscheinlich 95 Prozent der Deutschböhmen für den Anschluß an Deutschland stimmen. Ebenso wenig kann man den Deutschen Siebenbürgens oder des Banats das Selbstbestimmungsrecht gewähren. Und weil man eben dieses Selbstbestimmungsrecht immer nur dann anwenden will, wenn es sich gegen das deutsche Reich auslegen läßt, deshalb empfinden auch wir deutsche Sozialdemokraten die Zuteilung von Bleß und Rybnik an Polen als eine Ungerechtigkeit. Wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker undurchführbar ist, muß es durch einen wirksamen Schutz der nationalen Minderheiten ergänzt und ersetzt werden und wir behaupten nach wie vor, daß in dieser Hinsicht die deutsche demokratische Republik mehr Garantien bietet als die Warschauer Regierung.

Zum 11. August!

Am 11. August 1919 wurde die Verfassung der deutschen Republik rechtskräftig. In ihrem diesjährigen Geburtsstunde wird in Berlin im Opernhaus eine Verfassungsfeier abgehalten, bei der der würdevollste Staatspräsident Diederichsen eine Rede über den Gedanken der neuen Reichsverfassung halten wird. So sehr das Bestreben der Reichsbehörden, wenigstens ihre höchsten Beamten mit dem Gedanken der neuen Reichsverfassung bekannt zu machen, zu begreifen ist, so sehr muß bedauert werden, daß dieser Tag amtlich nur in so engem Kreise gefeiert wird.

Die Monarchie hat es glänzend verstanden, jede Gelegenheit auszunutzen, um für sich mit Paraden und großen öffentlichen schwarz-weiß-rotem Tannam Propaganda zu machen. Wir sind der Meinung, daß die Republik es nicht nötig hat, mit derartigen Mitteln ihre Existenz zu festigen. Wir sind davon überzeugt, daß sie sich durchsetzen und daß sie leben wird. Aber dennoch halten wir es nicht für überflüssig, daß man wenigstens einmal im Jahre Gelegenheit nimmt, die Republik und ihre Verfassung zu feiern. Reide sind nicht ganz nach unserem Geschmack, sie sind auch nicht unser Ziel, sondern nur eine Etappe, auf dem langen Marsch zu diesem Ziel.

Früher feierte man in den Schulen Kaisers Geburtstag und Schan, heute werden noch alle möglichen kirchlichen Feiertage durch den Ausfall des Schulunterrichts förmlich begangen, nur zu einer republikanischen Feier hat es in der Republik noch nicht gereicht. Wenn man schon den 9. November und auch den 1. Mai nicht als Nationalfeiertag bestimmen will, so soll man doch wenigstens den Tag, an dem die deutsche Republik gewissermaßen offiziell ins Leben trat, nicht so lang- und langlos vorbeiziehen lassen. Eine schlichte und würdige Feier in den Schulen und Kasernen, ein ebenso ernster und würdiger Vortrag vor den Beamten der Republik würden der letzteren keinen Abbruch tun, sondern recht vorteilhaft für sie sein.

Die Deutschnationalen, die Deutschpolen und sonstige Anhänger der alten „herrlichen Zeiten“ feden bei jeder Gelegenheit ihre schwarz-weiß-rote Fahne zum Fenster hinaus. Die Kampf gegen die Fahne der Republik kennt keine Massen. Die Behörden der Republik haben erst zweimal, am 11. August 1919 und am 21. März 1921, bei der Verabschiedung der Reichsverfassung und nach dem Abstimmungsstief in Oberösterreich, ihre Fahnen gezeigt. Der Verfassungstag ist die beste Gelegenheit dazu, sie wieder herbeizuholen. Dieses Beispiel würde sicher von vielen Republikanern nachgemacht werden, und wir könnten

so den 11. August zu einer wirksamen Flaggendemonstration machen. Aber das soll nicht der Inhalt und nicht der Zweck des Verfassungstages sein. In den Herzen der Jugend und in den Herzen des ganzen Volkes sollte an diesem Tage der republikanische und demokratische Gedanke aufs neue geweckt werden. An diesem Tage sollte Deutschland der ganzen Welt zeigen, daß es anders geworden ist, daß die alten Gewalten abgewirft sind, und daß die große Mehrzahl aller Deutschen treu auf dem Boden der Verfassung steht und bereit ist, das Leben der Republik gegen alle Mächte der Vergangenheit zu verteidigen.

Die Forderung — Gehaltsbewegung der Beamten und Arbeiter

Die unmittelbar bevorstehende Erhöhung der Getreide- und Brotpreise und die im Gefolge der neuen Steuerlast erwachsende weitere Vertiefung der Lebenshaltung haben, wie die „Frankfurter Ztg.“ meldet, bei den Eisenbahnarbeitern und „Angestellten und den großen Beamtenorganisationen Bestrebungen auf Erhöhung der Löhne und Gehälter neu in Gang gebracht. Der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund, die Eisenbahnorganisationen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, haben sich in ihren zuständigen Organen schon seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt. Am 5. August fand auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes eine gemeinsame Konferenz von Vertretern der vier Spitzenorganisationen statt, in der die Angelegenheit beraten wurde. Als Ergebnis der Konferenz kam die Beschlüsse zum Ausdruck, alsbald die Grundlagen für gemeinsame Forderungen und für ein einheitliches Vorgehen herzustellen. In diesem Zweck werden sich die einzelnen beteiligten Verbände, soweit das nicht schon geschehen ist, in diesen Tagen über die Forderungen schlüssig machen. Am heutigen Donnerstag soll dann eine zweite gemeinsame Beratung sich mit der Aufstellung des gemeinschaftlichen Programms befassen. Möglicherweise werden bereits in diesen Tagen die Vertreter der Organisationen mit dem Reichskanzler und Reichsfinanzminister Fühlung wegen der Verhandlungen mit der Reichsregierung aufnehmen. Neben diesen vom Deutschen Beamtenbund eingeleiteten Verhandlungen haben heute bereits die verschiedenen Eisenbahnverbände, in denen die Mehrzahl der Eisenbahnarbeiter und unteren Angestellten organisiert ist, Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Aktion zur Erhöhung der Löhne begonnen.

Die halleischen Richter als „Hüter der Staatsautorität“!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragte vor einiger Zeit die Nachprüfung sämtlicher Sondergerichtsurteile, soweit es sich um die Verurteilung der am mitteldeutschen Kommunismus beteiligten handelte. Dieser Antrag wurde angenommen und in Ausführung desselben hat der Reichsjustizminister einen entsprechenden Erlass herausgegeben. Die halleischen Richter haben jetzt gegen die Anordnung ihrer obersten Reichsbehörde eine Entschiedenheit gezeigt, in der es unter anderem heißt:

Bei der Bevölkerung wird der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht seien. So stellt der Erlass einen Eingriff in die Rechtspflege dar, der geeignet ist, die Achtung vor dem Gesetz zu untergraben, die Wiederherstellung der Staatsautorität zu erschweren und die verfassungsmäßigen Elemente zu gewaltsamen Vorgehen zu ermutigen. Zur Verhütung der Kollektionen der Richter sei zunächst festgestellt, daß der übergroße Teil der Urteile der Sondergerichte bereits den Eindruck hat, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht sind und deshalb dieser Eindruck gar nicht mehr erweckt zu werden braucht! Der übrige mußten aber die Feststellungen, daß der ganze Erlass „einen Eingriff in die Rechtspflege“ bedeutet und die Wiederherstellung der Staatsautorität“ erschwert äußerst forderbar an! Wo bleiben die Herren Richter dann mit ihren Feststellungen, als die Kaputt amnestiert wurden? Wenn dieser die „Wiederherstellung der Staatsautorität“ überhaupt schwerer wurde, so hat ein großer Teil der deutschen Richter durch gerabete hallenräuberische Urteile hierzu beigetragen. Der Protest der halleischen Richter bezieht sich nur in der Auffassung, daß eine kalte und gründliche Reform der Justiz notwendig ist.

Manon Lescaut

19 Roman von E. F. Zola (Fortsetzung.)

Nachdem die Geistlichen sich mit Herrn v. G. M. auseinandergesetzt, um ihm das Geleite zu geben, blieb der Superior mit mir allein und bat mich, ihm offenherzig zu sagen, was diese Ausschreitung veranlaßt habe. O, mein Vater! rief ich meinend aus, denken Sie sich die schändlichste Grausamkeit, die undenkbarste Barbarei, und Sie haben die Schändlichkeit gefunden, die dieser Mensch begehen konnte. O, er hat mein Herz gebrochen. Das überlebe ich nicht! Aber, ich will Ihnen alles erzählen, fügte ich unter Schluchzen hinzu. Sie sind gut, Sie werden Mittel mit mir haben.

Nun gab ich ihm eine gedrängte Schilderung meiner heftigen, unbezwingbaren Leidenschaft für Manon, von der glänzenden Lage, in der wir lebten, bevor unsere Diener uns ausplünderten, von den Anträgen, die G. M. Manon stellte, von dem Abschluß dieses Handels sowie von der Weise, in welcher der Vertrag später gebrochen worden war. Allerdings schilderte ich alles in den uns günstigsten Farben. Daher stammt Herr v. G. M.'s Sorge für meine Befreiung! Ich sah. Sein Einfluß reichte hin, mich hier aus reinem Mitleid einkerkeln zu lassen. Dies kann ich Ihnen versprechen. Aber es ist nicht alles, mein Vater! Er ließ auch meine bessere Hälfte von mir losreißen und sie schmachtvoll ins Hospital werfen — ja er trieb die Unverschämtheit so weit, es mir heute mit eigenem Munde zu erzählen. Im Hospital! O Himmel! Meine bezaubernde Geliebte, mein angebeteter Engel im Hospital, wie das schändlichste aller Geschehnisse! Wo soll ich Kraft hernehmen, nicht vor Schmerz und Scham zu sterben?

Da der gute Vater mich in solcher Verzweiflung sah, bemühte er sich, mich zu trösten. Er teilte mir mit, wie er bisher der Ansicht gewesen war, Herr v. G. M. sei freundschaftlich mit meiner Familie verbunden, und deshalb über meine Verleumdung empört. Was ich ihm jetzt sage, ändere die Sachlage und er hoffe, sein wahrheitsgetreuer Bericht an den Polizeipräsidenten werde mir bald die Freiheit wiedergeben.

Darauf fragte er mich, warum ich noch nicht daran gedacht hätte, meiner Familie Nachricht von mir zu geben, da sie doch an meiner Verhaftung keinen Anteil habe. Ich entschuldigte mich damit, daß ich meinem Vater diesen Schmerz, mir die Schande habe ersparen wollen. Endlich versprach er, sich augenblicklich zum Polizeipräsidenten zu begeben, wäre es auch nur, fügte er hinzu, um einem schätzeren Bericht des Herrn v. G. M. entgegenzukommen, der dieses Haus in sehr böser Stimmung ver-

lieh und Ansehen genug genießt, um gefürchtet werden zu dürfen.

Ich erwartete die Rückkehr dieses guten Mannes in der Aufregung eines Menschen, der auf sein Todesurteil harret. Wir Manon im Hospital zu denken war unsagbare Qual. Küßer der Schmach, die diesem Orte anlebte, wußte ich nicht, welche Behandlung man dort geben; und einleines, was ich von diesem Schreckensanfall habe gehört hatte, verneinte meine Besorgnisse nur. Der Entschluß, sie zu befreien, stand so fest in mir, daß ich Saint-Lazare in Brand gesteckt haben würde, so ich kein anderes Mittel fand, aus ihm zu entkommen.

Erst dachte ich nach, was ich unternehmen müßte, falls ich doch in Gefangenschaft bleiben sollte. Ich überlegte alle meine Hilfsmittel, dann über jede Möglichkeit, ohne daß sich mir eine Aussicht auf sicheres Entkommen ferenbarte; hingegen fürchtete ich eine weit strengere Haft, wenn mein Fluchtversuch mißglückte. Ich dachte an einige Freunde, von denen ich Hilfe hoffen durfte — aber wie sie von meiner Lage in Kenntnis setzen? Endlich verfiel ich auf einen Plan, der schlaue genug angelegt war, um gelingen zu können.

Als der Superior zurückkehrte, war in seinen Mienen nichts von der Freude zu sehen, die der Überbringer einer guten Nachricht zu empfinden pflegt. Ich sprach mit dem Herrn Polizeipräsidenten, berichtete er, aber zu spät. Herr v. G. M. begab sich von hier sogleich zu ihm, und wußte ihn demnach gegen Sie einzunehmen, daß er mir eben den Befehl senden wollte, Ihre Gefangenschaft zu verschärfen. Als ich ihn jedoch genauer mit Ihren Verhältnissen vertraut machte, besänftigte er sich und lächelte sogar über die Güte des alten Herrn. Dann teilte er mir mit, daß Sie noch sechs Monate hier verweilen müßten, da der Aufenthalt dazwischen Ihnen nur von Nutzen sein könne, ich Sie aber gut behandeln möge.

Während seiner langen Erzählung war mir Zeit zu einer weichen Ueberlegung geblieben. Es wurde mir klar, daß ich meine Absichten änderte, wenn ich allzu heftiges Verlangen nach meiner Freilassung aussprach. Ich sagte ihm also, daß seine gute Meinung mir zum großen Trost gereiche, und daß ich mit freierwilliger Miene, mir eine Gunst zu gewähren, die für niemand Bedeutung habe, aber viel zu meiner Veruhigung beitragen; er möge einen meiner Freunde, einen frommen Priester der in Saint-Sulpice lebe, von meinem Aufenthalt in Saint-Lazare in Kenntnis setzen lassen und erlauben, daß er mich zuweilen besuche.

Diese Begünstigung wurde mir gern zugestanden. Sie handelte sich um meinen Freund Tiberge; nicht daß ich gehofft hätte, er würde mir zu meiner Befreiung behilflich sein, aber ich wollte mich seiner als vermittelndes Werkzeug

bedienen, ohne daß er sich dessen bewußt war. Mein Plan ging dahin, an Lescaut zu schreiben und ihm sollte unsere gemeinsamen Freunde mit der Sorge zu betrauen, mich zu befreien. Da Tiberge ihn aber als den Bruder meiner Geliebten kannte, fürchtete ich, er würde diesen Auftrag nicht übernehmen. Ich beschloß also, meinen Brief an Lescaut in einem anderen an irgendeine ehrenwerte Persönlichkeit gerichtet einzuschließen, die ich hat, denselben weiterzubefördern. Da ich näherer Verhandlung halber einer Zusammenkunft mit Lescaut bedürftig bot ich ihm, in der Eigenschaft meines älteren Bruders in Saint-Lazare zu erscheinen, und als solcher um eine Unterredung mit mir zu bitten, indem er eigens nach Paris gekommen sei, um Einflüster in meine Lage zu nehmen. Mit ihm wollte ich dann die besten und sichersten Mittel zur Flucht besprechen. Der Superior benachrichtigte Tiberge von meinem Verlangen nach seinem Besuch. Dieser treue Freund hatte mich nie so weit aus den Augen verloren, um nicht von meinem Abenteuer unterrichtet zu sein; er wußte, daß ich mich in Saint-Lazare befand, vielleit aber behaupte er diese Schmach, die mir widerfahren, nicht einmal, indem er hoffte, sie würde mich auf den Weg der Pflicht zurückführen.

Bald sah ich ihn in mein Zimmer treten. Unsere Unterredung war sehr freundschaftlich. Er wollte von meinen Plänen hören — ich teilte ihm alles mit, ausgenommen meinen Fluchtplan. In seinen Augen, sagte ich, will ich nicht als das gelten, was ich doch nicht bin. Wenn du glaubst, hier einen tugendhaften, in seinen Wünschen müßigen Freund zu finden, einen durch die Strafe Gottes bekehrten Sünder, mit einem Worte ein Herz, das von der Liebe geheilt und von Manons Ketten abwendig gemacht ist, so hast du mich zu günstig beurteilt. Du siehst denselben Menschen vor dir, den du vor vier Monaten verurteilt — immer noch von zärtlicher Liebe erfüllt, und immer noch durch diese unglückliche Leidenschaft unglücklich gemacht, in der allein ich mein Glück suche!

Er äußerte sich dahin, mein Gefändnis sei nicht zu entschuldigen, und es gäbe viele Sünder, die sich an dem trügerischen Glück des Asketen demachen herausziehen, daß sie es offenkundig dem edlen Glüd der Jugend vorzögen. Sie aber hingen wenigstens an Trugbildern des Glücks, und seien Opfer ihrer Täuschung; ich hingegen erkenne selbst, daß der Gegenstand meiner Neigung nur dazu diene, mich unglücklich und schuldbeladen zu machen, ja daß er trotz dieser Erkenntnis fort, mich aus freiem Willen in Anglüd und Verbreden zu stürzen, und dieser Widerspruch zwischen meinen Gedanken und meinem Benehmen mache meinem Verstande keine Ehre.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Sie w

In der Halle der Berliner Arbeiterkongress...

Die Vor

Mobilisierung der Arbeiter...

Die C

Nach den Aussagen auf...

Am 16.

des Staatsanwalter...

Zugern,

öffnete der...

England 10,

Schwet 5...

Zugern,

öffnete der...

Zugern,

öffnete der...

Aus dem kommunistischen Herenkessel Sie werfen sich gegenseitig aus dem Parteihäusen heraus

In der letzten Sitzung des Zentralausschusses der K.P.D. stellte der Berliner Vertreter Friesland den Antrag, den vor einiger Zeit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilten Parteivorstand Brandler als Mitglied der Zentrale abzusetzen, da die Partei mit seiner Haltung vor Gericht nicht einverstanden sein könne. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Parteitag zu überweisen. — Auf der Tagung des Parteibezirks Berlin-Brandenburg kam es ähnlich wie in der Sitzung des Zentralausschusses zu heftigen Auseinandersetzungen über das Ergebnis des Moskauer Kongresses der Dritten Internationale, in dem von der „Kette Fahne“ veröffentlichten Bericht steht ein mit Namen nicht genanntes Mitglied, der „Genosse M.“ als Diskussionsredner eine besondere Rolle. Er sprach mit ausnehmender Schärfe gegen die sogenannte Rechte Opposition und erklärte, daß, wer sich nicht einmündig für die Anerkennung der Moskauer Beschlüsse entscheidet, auf dem Parteitag aus der Zentrale hinausgeworfen werden müsse. Einige Delegierte hielten den Mut, dem geheimnisvollen „Genossen M.“ vorzumischen, daß er zu „aktiv“ eingestellt sei, und ihn zu bitten, seine unabweislichen großen Fähigkeiten zu etwas anderem zu gebrauchen als zu Parteierklärungen. Trotzdem wurden die von dem „Genossen M.“ vorgelegten Entschuldigungen, die sich sehr stark gegen die bisherige Opposition in der Partei aussprechen und ihren Anhänger jede Solidarität mit dem aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Levi sowie jede sonstige Sonderbehandlung verbieten, mit großer Mehrheit angenommen: Abänderungsanträge des Delegierten Friesland, der an sich schon als besonders radikales Mitglied gilt, wurden abgelehnt.

Die Vorbereitungen der Gegenrevolutionäre Mobilisierung ehemaliger Marineangehöriger für staatsfeindliche Zwecke

Dr. Weisbrunn, 9. Aug. Marinetaq. 700—800 frühere Angehörige der Reichsmarine haben hier eine Zusammenkunft veranstaltet, um das Stiftungsfest des Vereins ehemaliger Seemänner zu begehen. Die Festrede hielt der frühere Marineoberstabsarzt Dr. Frhr. v. Sauerl, der u. a. ausführte, die Marine sei hauptsächlich für die Revolution verantwortlich gemacht worden und vielen ihrer ehemaligen Angehörigen sei das wirtschaftliche Fortkommen dadurch erschwert. Über 90 Prozent der Marinemannschaften hätten ihre Schuldigkeit getan und die anderen zum größten Teil ihr Anrecht eingeleistet. Der Treubruch dieses Landes gelte der Arbeit und Einigkeit für eine bessere Zukunft des Vaterlandes. Freigantkapitän a. D. Müller-Palm erinnerte an die Großtaten der Marine. Nach der Entfernung von Tirpitz habe es aber keine klare Politik des Kriegswillens mehr gegeben. Die jetzige Marine sei klein, aber von alten Weisheit besetzt und finde nach anfänglichen Misstrauen auch wieder eine bessere Aufnahme.

Die Ernennungen in Norddeutschland

Nach dem preussischen Saatenstandsbericht sind viele Hoffnungen auf einen bestrebenden Verlauf der Ernte infolge Witterung stark herabgemindert worden. Die größte Enttäuschung ergibt sich für Kartoffeln, Futterpflanzen und Weizen. Bei vielen Fruchtarten ist Noternte eingetreten. Nur in wenigen Fällen wird der Stand der Getreide- und Spätkartoffeln als günstig bezeichnet. Ein durchdringender Regen würde für viele Früchte gutes bringen, bei Kartoffeln allerdings auch frühe Knollenernte zur Folge haben. Es ergibt sich also auch hier das gleiche Bild wie bei uns in Baden.

Badische Politik

Am 16. Juli hielt der Minister des Innern im Auftrage des Staatsministeriums in Waldshut eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinden des Zollausflugsgebietes ab, zu der auch Vertreter anderer Ministerien, des Landesfinanzamtes und der örtlichen Verwaltungsstellen erschienen waren. Nach der sogenannten Aktionsauskunft für den wirtschaftlichen Anschluss dieses Gebietes an die Schweiz hatte Gelegenheit zur Teilnahme erhalten. — Bei der Besprechung kam klar zum Ausdruck, daß die Bevölkerung der in Frage kommenden Orte Jettetten, Altenburg, Rottweil, Kallersweil und Dettighofen in ihrer Gesamtheit den Bestimmungen des genannten Aktionsausfluges fernsteht, daß aber auch die badische Regierung nicht gewillt ist, Bestimmungen, die letzten Endes auf eine Lösung von badischen Lande hingen, zu bilden. Die Hoffnung einzelner Kreise, es könnten lokale Bestimmungen Unterstutzung bei der Schweizer Bundesregierung finden, wurde unter Hinweis auf das teils korrekte Verhalten des Bundesrats als gänzlich unbegründet bezeichnet.

Die letzten der zahlreichen erschienenen Gemeindevertreter vorgetragenen Wünsche, welche sich aus der Lage des Zollausflugsgebietes und aus dem im Grenzgebiet besonders drückenden Verkehrsverhältnissen ergeben, sollen soweit als möglich berücksichtigt werden. Festgestellt wurde aber dabei, daß schon bisher viel in dieser Richtung geschehen und die gesamte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung dieses Grenzgebietes keinesfalls schlechter ist als die der übrigen Bevölkerung dieses Landes.

Gewerkschaftliches

Internationaler Metallarbeiter-Kongress Luzern, 9. Aug. Am Montag um 2 Uhr nachmittags eröffnete der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, Konrad Lig-Bern, Präsident des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, den voraussichtlich bis Freitag dauernden Kongress. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Bund vor 30 Jahren in Zürich gegründet wurde und begrüßte die 56 Delegierten, die sich folgendermaßen auf fünfzehn verteilte Länder verteilen: Belgien 4, Dänemark 2, Deutschland 12, England 10, Frankreich 1, Holland 2, Italien 1, Österreich 5, Luxemburg 2, Polen 1, Norwegen 3, Tschechoslowakei 5, Ungarn 2, Schweiz 5. — Kirchgörruner-Bern, vom Schweizerischen Metallarbeiterverband, dankte für die Ehre, die dem Verband durch den Kongressbesuch zu teil wurde, wonach die Schweiz das Internationale Sekretariat zu übernehmen habe, um die wegen des Krieges entstandenen Differenzen auszugleichen. Nationalrat Grimm-Bern übermittelte den Willkommensgruß der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Er betonte das enge Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei seit Bestehen des Verbandes und bemerkte, daß die politischen Verhältnisse der Schweiz mit ihrem Referendum und Initiativrecht diese Zusammenarbeiten bedingen. — Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß an den russischen Metallarbeiterverband keine Einladung ergangen sei, da dieser dem Bunde nicht angehöre, und der Ausschuss beschließen habe, nur Verbände einzuladen, die der letzten Internationale nicht angehören. Nach Kenntnisnahme eines in geäußerten Tone gehaltenen Briefes des russischen Metallarbeiterverbandes ging die Versammlung ohne Debatte zur Tagesordnung über. Der Kongress beschäftigte sich in der

Programm-Kritik

Von H. G. Haebler

Le roi est mort — vive le roi! Der König ist tot, es lebe der König! Schneller ist wohl kaum je ein Weisen, kaum ins Licht des Tages getreten, eines frühen Todes gestorben als der neue Programmtext. Oder sollte es noch Gläubige geben, die an die Lebensfähigkeit dieses Werkes glauben? Nach hat kein Vertreter der Welt getreten und schon ist das Schicksal dieses Entwurfs besiegelt. Ueberraschungen wird es kaum geben, denn in der ganzen Parteipresse ist Ablehnung, mindestens föhliche Aufnahme festzustellen. Nur die bürgerliche Presse katstet Beifall — Grund genug für jeden Sozialisten, mißtrauisch zu werden.

Und doch muß eines gesagt werden: sachlich läßt sich gegen das, was gesagt wird, vom Standpunkt eines entwicklungsge mäÙ denkenden Sozialismus nichts einwenden. Man wird, an und für sich, jeden Punkt unterschreiben können. Es ist zweifellos in dem Entwurf eine Menge Sachkenntnis, wissenschaftliche und realpolitische Wahrheit. Die Fehler dieses Entwurfs liegen nicht in dem, was er sagt, sondern dort, wo er nicht sagt, wo er schwächt — obwohl hier zu sprechen das erste und wichtigste wäre. Der innerste Grund dieser Erscheinung liegt ganz gewiß darin, daß dieses Programm nicht ein Programm, sondern ein Leitfadens ist. Eine Aufzählung alles dessen, was irgendwie sozialistische Forderung sein kann. Eine Disposition über das Thema: Was erreicht die Sozialdemokratie? Ein Bartrag in Leitfaden. Ein von Sachverständigen ansgearbeitetes Gutachten, korrekt, gründlich, beweisbar und — langweilig. Das alles ist gut und schön und an seinem Platz auch notwendig. Aber es ist nicht das, was die sozialistische Bewegung heute braucht. Heute mehr denn je!

Was gab uns das Erfurter Programm? Zunächst: es wuchs heraus aus einem in sich geschlossenen einheitlichen Zukunftswillen. Es hatte einen ganz klaren festen Punkt, um den es rotierte, ein Weltbild, der Kosmos der Arbeiterchaft: Marxismus. Es gab seinen Anhängern ein geschlossenes Bild des gesamten Lebens; bei aller Betonung des Wirklichen doch aus einer großen Idee herauskristallisiert. Deshalb hatte es jene innere Kraft, die jedes lebendige Glaubensbekenntnis noch je gehabt hat. In ihm entflammten sich Herzen und Willen derer, die aus ihm weltliche und reale Kräfte sahen. Es gab ihnen ein Bild der Welt, nicht nur wie sie ist und wie sie vielleicht bei günstigen politischen Verhältnissen in der nächsten Zeit sein kann, sondern schließlich ein Bild der Welt wie sie sein soll. Ein Bild, das ein Ziel bedeutet für jeden Einzelnen und für alle. In diesem Bild lebte die Arbeiterchaft ihr bestes, schönstes Leben schon jetzt; ihnen war es Glaube, Hoffnung, Zuversicht und kämpferische Wille in die Gegenwart und Zukunft hinein. Darin beruhte der tiefste Wert des Erfurter Programms, ganz gleichgültig, ob es nun in diesem oder jenem Punkt wissenschaftlich oder realpolitisch ganz richtig sah.

Nun ist freilich kein Zweifel: das Erfurter Programm ist überholt. Nicht nur durch die Revolution, durch die Republik, durch die politischen Erregungszustände, es ist auch seinem geistigen Inhalt nach überholt. Sein Kernpunkt, der orthodoxe Marxismus, ist heute nicht mehr möglich. Er ist mit dem ganzen Intellektualismus des 19. Jahrhunderts zu Grabe getragen worden. Was an ihm ewig ist, besteht heute noch; aber auch dies unter neuen Gesichtspunkten. Vieles aber, was im Erfurter Programm noch wesentlich war, kann heute nicht mehr die tragende Kraft sein. Wir gehen heute — täuschen wir uns nicht — einer Zeit entgegen, die viele entscheidende Dinge anders sieht als die letzte Generation. Wer mit aufmerksamen Blick hineinschaut in die Welt des Geistigen, in Kunst und Dichtung, in Philosophie und Religion, der weiß, daß hier

Wende ist zwischen Gestern und Morgen. Der Geist des 19. Jahrhunderts ist durch den Weltkrieg, dessen letztes und deutliches Symbol dieser war, heute innerlich erledigt. Neue Geister bereiten sich vor, auf die Erde nieder zu steigen. Neue Begriffe bilden sich, neue Inhalte und Formen des Lebens und des Glaubens an das Leben wollen heraus aus Gestirne der Wirklichkeit. Ein großes Suchen ist in der Menschheit und Jünger und Propheten tauchen auf, bei uns in Deutschland genau so wie in anderen Ländern. Es genügt vielleicht das eine Wort: Augenbewegung, um zu zeigen, wie sehr hier alles einem irgendwie Neuen zuströmt. Und das gilt nicht nur von der Welt der Kunst und des Religiösen, wo es sich naturgemäß zunächst am deutlichsten zeigt, es gilt auch von der Welt des Sozialismus.

Deute ist bereits der Begriff Sozialismus kein rein wirtschaftlicher Begriff mehr. Mit der nur wirtschaftlichen Begründung des Sozialismus, so wichtig und wesentlich sie auch ist, erzielt man keine tiefgreifenden Wirkungen; ganz abgesehen davon, daß das wirtschaftliche Problem Sozialismus heute ein viel differenzierteres ist als vor dreißig Jahren. Die wirtschaftliche Entwicklung hat heute ganz andere Probleme geschaffen als einst, da der Kapitalismus noch einfach und übersichtlich war. Aber diese technischen Schwierigkeiten wären die geringeren; sie fallen nicht ins Gewicht. Deute will der Gedanke des Sozialismus tiefer, absoluter, grundsätzlicher gedacht werden. Nicht mehr nur als eine Folgerung aus der ökonomischen Geschichtsauffassung heraus wird Sozialismus heute; seine Quellen liegen für die Gegenwart und erst recht für die Zukunft anderswo: eben im Absoluten, im Eitlichen, im Religiösen. Nicht als ob all das Wirtschaftliche, das Reale und Materielle, das Politische nun nicht mehr da wäre, als ob es keine Rolle mehr spielen dürfte, als ob es Nebenache werden sollte — davon ist keine Rede. All das bleibt, ist da und muß da sein. Aber es ist nicht mehr das Erste. Es ist nicht mehr Ursache schlechthin, sondern Folge und Wirkung. Im Vordergrund steht das Neue, Große, Heberkältigende: der Glaube. Damit hat der radikale Sozialismus seine wahrhaften Anhänger gewonnen? Durch die eifernde Verkündigung der frohen Botschaft des Sozialismus. Dadurch daß er von aller realpolitischen Weisheit bewußt abrückte und das absolute Ziel verkündigte. Und deshalb verliert er heute seine Anhänger, weil er Realpolitik macht im Sinne einer unfruchtlichen Opposition mit allen Mitteln. Aus unsern eigenen und fremden Fehlern lernen: das ist auch hier die Aufgabe des Weisen.

Was bedeutet das für das künftige Programm? Einmal: es muß die tiefsten Kräfte der Gegenwart aufspüren, und diese wollen hin zu einer neuen Menschengemeinschaft. Es muß ein Ziel sein, an das man glauben kann, fanatisch, inbrünstig, demütig, kämpferisch; gleichviel mit welchem Temperament. Es muß dem Schönen des Proletariats Ausdruck geben, darum muß es den befreiten Menschen in die Wirklichkeit kommender Welt hineinstellen. Es muß scharf und unbittlich sagen: hier stehen wir, im Kampfe gegen eine Welt von Feinden. Es muß liebend und grüßend umarmen alle, die unter gleichen Not leiden auf der ganzen Welt. Es muß das Morgenrot des großen Friedens verkünden. Es muß Flamme sein, Aufruf, Begeisterung. Und dann kann und soll es schlicht und knapp die Ziele und Wege weisen, die heute gesehen werden können in all dem Seienden zum Seinwollenden hin; klar und unangreifbar sagen: das fordern wir für uns, jenes für unsere Kinder. Bester Wirklichkeit zu wollen, wäre vermessend. Wollen kann man nur zweierlei: das Mögliche und das Unendliche. Seides ist das Programm.

Dienstagvormittagsitzung mit dem Berichte des Sekretärs

Die Sitzung des Sekretärs des Internationalen Metallarbeiterbundes, Konrad Lig-Bern, am Montag in Luzern, wurde durch die Teilnahme von 56 Delegierten aus 15 Ländern an der Tagung in Luzern. Der Vorsitzende erinnerte daran, daß der Bund vor 30 Jahren in Zürich gegründet wurde und begrüßte die 56 Delegierten, die sich folgendermaßen auf fünfzehn verteilte Länder verteilen: Belgien 4, Dänemark 2, Deutschland 12, England 10, Frankreich 1, Holland 2, Italien 1, Österreich 5, Luxemburg 2, Polen 1, Norwegen 3, Tschechoslowakei 5, Ungarn 2, Schweiz 5. — Kirchgörruner-Bern, vom Schweizerischen Metallarbeiterverband, dankte für die Ehre, die dem Verband durch den Kongressbesuch zu teil wurde, wonach die Schweiz das Internationale Sekretariat zu übernehmen habe, um die wegen des Krieges entstandenen Differenzen auszugleichen. Nationalrat Grimm-Bern übermittelte den Willkommensgruß der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Er betonte das enge Zusammenarbeiten von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei seit Bestehen des Verbandes und bemerkte, daß die politischen Verhältnisse der Schweiz mit ihrem Referendum und Initiativrecht diese Zusammenarbeiten bedingen. — Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß an den russischen Metallarbeiterverband keine Einladung ergangen sei, da dieser dem Bunde nicht angehöre, und der Ausschuss beschließen habe, nur Verbände einzuladen, die der letzten Internationale nicht angehören. Nach Kenntnisnahme eines in geäußerten Tone gehaltenen Briefes des russischen Metallarbeiterverbandes ging die Versammlung ohne Debatte zur Tagesordnung über. Der Kongress beschäftigte sich in der

Kleine Nachrichten

- Bärzberg.** Die Gendarmerie beschlagnahmte 3/4 Zentner Butter, welche verhothen werden sollte. Die Butter wurde unter die Bevölkerung verteilt.
- Landstuhl (Pfalz).** Das Landstuhler Maar ist von einem größeren Schadenfeuer heimgesucht worden, das auch auf die feuchten Torfhorste übergriß, die weit über hunderttausend Zentner umfassen.
- Wemmingen.** Dienstag abend entzünd im Anwesen des Kaufmanns Kerler infolge einer Reziproplektion ein Brand, der acht Häuser zerstörte. 60 Personen sind obdachlos.
- Unterhausen (Württ.)** Durch Feuer sind hier zwei Wohnhäuser samt Schuppen und Scheunen in Schutt und Asche gelegt worden. Die geistig nicht normale Besitzerin eines der abgebrannten Häuser hatte das Feuer gelegt.
- Chingen a. D.** Die Ueberlandzentrale der oberchwäbischen Elektrizitätswerke ist infolge Kohlenmangels und Betriebsstörung zum Stillstand gekommen und kann in der nächsten Zeit keinen Strom liefern, so daß ganz Oberschwaben ohne Licht und Kraft ist.
- Matz.** Der Zustand der Buchdrucker dehnt sich auch über Mainz hinaus aus. Die Mainzer bürgerlichen Blätter geben eine gemeinsame Zeitung heraus und nur die sozialdemokratische Zeitung erscheint unbeeinträchtigt weiter. In Worms sind die Buchdrucker gleichfalls in den Ausstand getreten. Auch dort befehlen sich die bürgerlichen Blätter mit der Herausgabe eines gemeinsamen Nachrichtenblattes. In Wiesbaden ist der Ausstand ausgebrochen.
- Worms.** Zu dem gemeldeten Miesbrand auf dem Altrhein wird noch weiter berichtet, daß bereits Millionenwerte vernichtet sind. Seit 10 Tagen kämpfen die Bewohner von Eich vergeblich gegen das Feuer. Alle Versuche, den Brand zu löschen, sind bisher gescheitert.
- Mainz.** In den vier öffentlichen Säulern, die für die farbigen Franzosen in Mainz eingerichtet wurden, befinden sich laut amtlichem Bericht 17 Mädchen, von denen jedes täglich 40 bis 50 Zigaretten zur Verfügung sein mußte; an Samstagen und Sonntagen sogar 70 bis 80.
- Groß-Gerau.** Das Finanzamt beschlagnahmte bei Einwohnern der hiesigen Umgegend in fünf Fällen insgesamt 230 000 Mark wegen Steuerhinterziehung.
- Frankfurt.** Ein riesiger Brand wüthet am Altrhein bei Eich. Hunderte von Morgen stehen in Flammen, die Schiffs- und Torf ergriffen haben. Bis jetzt ist die Lösung des Brandes noch nicht gelungen.
- Koblenz.** Die Internationalisierte Rheinlandkommission hat fünf Kommunisten wegen Gefährdung der Sicherheit der Beschäftigten „ausgewiesen“.
- Kreuznach.** Da die ausländischen Arbeiter einer Firma die Arbeit am Samstag nicht wieder aufgenommen haben, hat der Arbeitgeberverband für das Metallgewerbe sämtliche Metallarbeiter in Kreuznach ausgesperrt.
- Berlin.** Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt: Bei dem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten in München

Aus der Partei

1. Kreisheim, 10. Aug. kommenden Freitag abend halb 9 Uhr findet im Gasthaus zum „Hirsch“ eine Parteiver sammlung statt. Die Genossen werden gebeten, für gütlichen Verlauf zu sorgen. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Wie mit Abfallkohle Beitrag verübt wird

Schiebungen mit Abfallkohle, bei denen einige hunderttausend Mark verdient worden sind, führten den Kaufmann Alfred Müller aus Charlottenburg vor das Schoungericht des Landgerichts 2 in Berlin. Mitangeklagt waren die Kaufleute Julius Neustadt, Gustav Nitzschel und Hermann Poenide. Der Angeklagte, der wegen dieser Voruntersuche entlassen worden war, war früher bei der Kohlenfirma Schilling als Geschäftsführer tätig gewesen. Bei der Steinkohlenaufbereitung ebenso wie bei der Zementfabrikation entstehen große Mengen minderwertige Abfallkohlen, sogenannte Baischerkohlen, Lehmbergkohlen und Klärteichkohlen, die in Friedenszeiten überhaupt nicht verwendet, sondern auf haben gebracht wurden. Anstelle der Kohlenanpfeht machte man mit diesen in vielen Millionen von Tonnen vorhandenen Abfallkohlen Versuche und fand, daß diese, in Verbindung mit anderer guter Kohle, noch sehr gut brannten und deshalb ein brauchbares Ersatzmittel darstellen. Der Angeklagte Müller bezog nun ohne Erlaubnis der Kohlenstelle diese Abfallkohlen in Kohlen von je 30 000 Tonnen, und zahlte 27—30 M pro Tonne. Unter Mitwirkung der Mitangeklagten verkaufte er diese Kohlen mit einem enormen Aufschlag von 62—90 M je Tonne, das heißt circa 80 Proz. Verdienst. Staatsanwaltschaftsrat Gens hielt die Angeklagten des Wuchers und des Kettenhandels für überführt und beantragte gegen Müller 20 000 M Geldstrafe und Einziehung von 100 000 M, gegen die übrigen Geldstrafen bis zu 500 M. Das Gericht erklärte gegen Müller auf zwei Wochen Gefängnis, 10 000 M Geldstrafe und Beschlagnahme von 100 000 M Ueber gewinn, gegen die übrigen auf Geldstrafen bis zu 500 M. Gegen die Beisitzeranten der Kohlen schwebt ein besonderes Strafverfahren.

W. handelt es sich um Ausschreitungen von drei einzelnen Angehörigen der Reichswehr gegen Zivilpersonen. In deren Verlauf griff eine Patrouille der Sipps und eine Patrouille der Reichswehr zum Schutze der Zivilisten ein. Hierbei wurde ein Reichswehrsoldat verletzt.

Berlin. Einer Meldung des Berl. Lokalanzeiger zufolge ist in Wildeshausen in Oldenburg eine Rubrepneumie ausgebrochen. Verschiedene Personen sind bereits gestorben.

Berlin. Das Blatt „Der Deutsche“ erfährt von zuverlässiger Stelle, daß die Vollzahlung der ersten Goldmarken bis zum 31. August nach der Forderung des Londoner Ultimatus gesichert sei.

Wie die Berliner kommunistische „Arbeiterzeitung“ mitteilt, erklärte der Zentralausschuß der kommunistischen Arbeiterpartei, daß der Bruch mit Moskau grundsätzlich vollzogen sei. Die dringende Aufgabe des revolutionären Weltproletariats sei die Schaffung einer kommunistischen Arbeiterinternationale. Eine Kommission solle die Vorarbeiten zur Herbeiführung eines Zusammenschlusses aller in Opposition zu Moskau stehender revolutionären Parteien und Verbände leiten.

Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge findet der dritte ordentliche Parteitag der deutsch-demokratischen Partei vom 8. bis 10. Okt. in Köln statt. — Der Parteitag der Deutschnationalen wird vom 1. bis 3. September in München abgehalten werden.

Wie die Blätter aus Hamburg melden, wurde dort der 62 Jahre alte Weinbändler Hub. Magnus und seine 90 Jahre alte Tochter in ihrer Wohnung mit Schüssen im Kopfe tot aufgefunden. Alle Bekannte waren durchwühlt und alle Wertsachen geraubt. Der Polizei gelang es bereits, einen der beiden Mörder, den Heizer, Bartolow, zu verhaften. Dem zweiten Täter ist man auf der Spur.

Berlin. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ aus Kattowitz meldet wurde der ehemalige polnische Kommandant von Zaenoe ein Langschiffpolnischer Reutnant und sein Adjutant bei einem Einbruchsdiebstahl überfallen und festgenommen.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ aus Hamburg kamen infolge des auf der Nordsee herrschenden starken Sturmes drei Dampfer mit Maschinenfabriken von See in den Hafen. Der Segelschiffverkehr ruht fast vollständig.

Stettin. Hier haben die Bäcker den von der städtischen Ernährungsdeputation festgesetzten Preis für das 1300 Gr.-Brot abgelehnt und beschloffen, vom Freitag ab kein Martensbrot mehr zu backen.

Breslau. Die „Schles. Zeitung“ meldet aus Oppeln: Seit heute mittag wüten zwischen Gleiwitz und Baisreithen große Waldbrände. Das deutsche Dorf Bombin wurde am Samstag zum zweiten Mal von einer Feuersbrunst getroffen. Ein dritter Brand ist von polnischen Elementen angelegt worden. Die Not ist sehr groß.

Zwei Bräuen. Die Vergnügungssucht und Selbstverwundung nimmt in der Pfalz immer erschreckendere Formen an. Hier ist z. B. ein sogen. „rottoire rouland“ mit Aufschuß erbaute, das allabendlich von Tausenden von Menschen geradeweg geschüttet wird. Der Fahrpreis kostet 1 M. und bei Hochbetrieb werden in fünf Minuten über 240 Menschen von der Fährbahn aufgenommen.

Hartmannsweiler (Elsch). Am Hartmannsweilerkopf ist in den letzten Tagen abermals ein großer Waldbrand entstanden, dem Tausende von Ster Holz zum Opfer fielen. Mehrere Dektar der schönsten Waldungen sind vernichtet. Die vielen Granatexplosionen erschütterten die Wälder ungemein. Durch Explosion einer Granate wurde ein Feuerwehmann erheblich verletzt. — Bei Wommersheim ist das ganze Mattental in Brand geraten. Die gesamte Einwohnerschaft und Militär war an den Löscharbeiten beteiligt.

Strahburg. Wie eine Karlsruher Zeitschrift mitteilt, soll man einen Plan zur Sabotage der Elsch-Kohlringschen Eisenbahn auf die Spur gekommen sein. Die eingeleitete Untersuchung habe festgestellt, daß der Sabotageplan von deutschen Beamten (natürlich!) entworfen worden sei, die in der Verwaltung befaßt sind.

Mei. Im lothringischen Kohlenrevier ist ein Kohlensticht ausgebrochen. Die Direktoren des Kohlenreviers haben die Pflicht eines Abbaues der Teuerungszulagen ausgesprochen. Die Arbeiterschaft hat sich gegen diesen Plan erklärt und bis jetzt sind alle Einigungsversuche gescheitert.

Mühlhausen i. G. Die Zahl der streikenden und ausgesetzten Arbeiter in der oberelsässischen Textilindustrie hat bereits 25 000 erreicht. Die Wochenmärkte, die letzte Woche von Streikenden bedroht waren, werden jetzt regelmäßig von einem größeren Polizeiaufgebot überwacht.

Auterbach (Elsch). Ein ungeheurer Waldbrand, der im Auterbacherwald ausgebrochen war, hat den ganzen Waldkomplex von Auterbach bis Reichweiler ergriffen. Während des Brandes explodierte die noch im Walde herumliegende und vom Krieg herüberbrachte Munition. Der Schaden ist ungeheuer.

Brisel. Eine aus Cambridge (Amerika) aus die Zentralstelle für astronomischen Nachrichten dienende Depesche meldet, daß am 7. August bei Sonnenuntergang mit bloßem Auge ein Stern beobachtet werden konnte, der in seinem Glanze der Venus gleich und südlich der Sonne stand. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Kometen oder um einen neuen Stern.

Wien. Den Blättern zufolge hat die Räumung Westungarns bereits begonnen. Die Uebernahme der Verwaltung durch Oesterreich dürfte am 28. August erfolgen.

Wien. Die hiesigen Hochschulen haben die Studiengebühren für Ausländer auf das Sechsfache, die Prüfungsportien auf das Fünffache der bisherigen Gebühren erhöht, doch kann einzelnen Ausländern ausnahmsweise Gleichstellung mit den Inländern oder Ermäßigung gewährt werden.

Madagaskar. Die Nationalversammlung hat nach lebhafter Debatte einen Beschlußantrag angenommen, der die Verleugung der Immunität des bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung Radowski durch Oberleutnant Bronah feststellt und die Regierung zur strengen Abhandlung des Voralles auffordert.

Belgrad. Der Minister des Innern hat die Entlassung aller Beamten, die mit der kommunistischen Partei Beziehungen hatten oder noch haben, angeordnet. Der Untersuchungsrichter hat von der politischen Behörde die Auslieferung aller kommunistischen Abgeordneten verlangt.

Sevilla. Die Lage des Generals Noworot in Marokko in den Stellungen auf Monte Arruit soll immer bedenklicher werden. Flugszeuge setzen die Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln fort. Vor allen Dingen bringen sie Säcke mit Eis, da dieses das einzige Mittel ist, um den Durst der Belagerten zu stillen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 11. August.
Geschichtskalender

11. August. 1818 Oesterreich erklärt Frankreich den Krieg. 1815 Der Dichter Gottfried Kinkel in Oberkassel. 1914 Frankreich erklärt Oesterreich den Krieg.

Karlsruher Parteinachrichten

Berein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend punkt 8 Uhr findet eine Mitgliederversammlung im Lokal „Zum Württemberg Hof“, Ede Goethe- und Wladimir, statt (Wesjtadt). Gen. Natur Trinks Jr., der als Delegierter am Jugendtag in

Vielefeld teilgenommen hat, wird über den Verlauf der bedeutenden Tagung Bericht erstatten. Es sollte deshalb kein Mitglied fehlen.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Jeden Freitag von 14-16 Uhr Bücherausgabe in der Volksbuchhandlung, Adlerstraße 16. Parteigenossen und Genossinnen, macht von unserer reichhaltigen Bibliothek regen Gebrauch, erwehrt euer Wissen, denn Wissen ist Macht!

Verammlung des Zentralrates der Betriebsräte Karlsruhe

Auf gestern abend wurden die Mitglieder des Zentralrates der Betriebsräte Karlsruhe zu einer wichtigen Versammlung in den „Elefanten“ einberufen, die sehr stark besucht war. In einem einleitenden Referat sprach Gewerkschaftssekretär Hof über die Aufgaben der Betriebsräte. Redner erläuterte zunächst den Aufbau der Betriebsräteorganisation. Sie sind nicht eine Organisation neben den Gewerkschaften, sie sind vielmehr in die gewerkschaftliche Organisation eingegliedert. Die Durchführung sozialer Bestimmungen ist eine der Hauptaufgaben, die sie zu erfüllen haben. In einem Aufsatz im „Kompas“ wird festgestellt, daß die Unfälle im Bergbau seit dem Bestehen der Betriebsräte wesentlich zurückgegangen sind. Die hauptsächlichsten Aufgaben der Betriebsräte sind: 1. Einberufung in die Warenproduktion und Verteilung; 2. Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten; 3. Lösung der sozialen Berufsaufgaben; 4. Fortführung der volkswirtschaftlichen Ausbildung der Betriebsräte. Die Betriebsräte werden ihrer Aufgabe erst dann gerecht werden können, wenn der Ausbau des Gesamtorganisations erfolgt ist in Verbindung mit dem Bezirks- und Reichswirtschaftsrats erfolgt ist. Die Aufgaben der Bezirks- und Reichswirtschaftsrats erläuterte, griff Redner die Lehrlingsfrage heraus. Hier ist noch viel Arbeit zu leisten. So wie heute die Dinge liegen, kann es nicht weiter gehen.

An der daran anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Blanke, Rief und Krebs.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Etelungnahme zu den durch die in Erwartung der Teuerung zu führenden Lohnkämpfe“ begründete Bähre einen von ihm gestellten Antrag, der dahin geht, daß Lohnkämpfe gemeinsam geführt werden. Gleichzeitig stellte er den Antrag, zur Hilfsaktion für Sowjetrußland Stellung zu nehmen. Diese Anträge lösten eine längere Aussprache aus. Genosse Hof vertrat den Standpunkt, daß der Zentralrat Lohnkämpfe nicht über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg führen könne, wie es der Antrag Bähre verlangt. Die wirtschaftlichen Fragen, die die Betriebsräte in den Betrieben zu lösen haben, können nur im gemeinsamen Zusammengehen der Arbeiter- und Angestelltenräte erfolgen.

Nachwals der alte Joff und die Hige

Zu dieser Notiz in Nr. 180 des „Vollstreund“ schreibt man uns: Die Gerechtigkeit gebietet, daß im „Vollstreund“ auch die Frage der Arbeitszeit der Beamten und der Tätigkeit der Räte von einem anderen Standpunkt aus betrachtet wird, als es der Verfasser der genannten Notiz tut. Ich bin persönlich dafür, daß die Arbeitszeit der Beamten im Büro um 7 Uhr beginnen soll. Aber das soll doch Tatsache sein, daß im vorigen Jahre beim 7 Uhr-Anfang an manchen Dienststellen ein Teil von Beamten erst um 1/2 Uhr oder 1/4 Uhr im Büro erschienen ist. Dafür kann man die pünktlichen Beamten nicht verantwortlich machen. Aber es ist immerhin möglich, daß das Staatsministerium bei seiner Entscheidung, die Dienstzeit beginnt in diesem Büro um 8 Uhr, diesen Umstand mit in Erwägung zog. Im vorigen Jahre sollen durch das Späterkommen als um 7 Uhr in einzelnen Ministerien und Bezirksstellen große Geschäftsrückstände zu verzeichnen gewesen sein; dem wollte man wahrscheinlich im Sommer 1921 vorbeugen.

Weiter kommt in Betracht, daß in Beamten mit viel Rufstundensverehr die Vormittagsstunden allein zur Bewältigung des selben nicht ausreichen. Insbesondere die Frauen aus den unteren Volksschichten sind häufig erst am Nachmittag in der Lage ein Amt auszuführen. Auch unsere Parteigenossen wollen nach ihrer Arbeitszeit am Nachmittag noch in der Lage sein, diese oder jene amtliche Stelle aufsuchen zu können.

Dann darf noch festgestellt werden, daß die Begeisterung für die durchgehende Arbeitszeit unter den Beamten keineswegs eine allgemeine ist. Im vorigen Jahre haben Beamte bei der durchgehenden Arbeitszeit noch zwei Monaten erklärt, überhaupt nicht mehr im Stande zu sein, ohne eine Mittagspause auszukommen. Im steigenden Maße haben auch untere und mittlere Beamte schließlich auf die durchgehende Dienstzeit Verzicht geleistet.

Dann ist es durchaus unrichtig, wenn behauptet wird, die Beamten der Besoldungsgruppen 10-13 hätten keine geregelte Dienstzeit. Will man der vollen Wahrheit die Ehre geben, dann ist festzustellen, daß ein sehr großer Teil der sogenannten höheren Beamten einfach mit der 1/2 stündigen Arbeitszeit nicht auskommt. Der geistige Arbeit zu leisten hat, Gehaltentwürfe anzufertigen, Verhandlungen zu machen, öffentliche Anfragen der Landtagsabgeordneten zu beantworten beglo, die Antworten vorzubereiten hat, kann einfach nicht punkt 1/2 Uhr die Feder wegwerfen und davonlaufen. Das wissen unsere Parteigenossen, die heute in staatlichen Beamten sich befinden, aber auf den Ratkäulern in amtlicher Stellung sitzen, sicherlich auch, und darum ist es ungerecht, von den höheren Beamten direkt und indirekt nur als von Faulenzeren zu sprechen. Das sollte in der sozialdemokratischen Presse einmal aufhören. Der heutige Staat braucht die unteren und mittleren Beamten. Er braucht aber auch die oberen Beamten. Ich will von der politischen Gesinnung mancher der oberen Beamten gar nicht sprechen, sie ist keineswegs republikanisch und demokratisch, das wissen wir alle. Aber ein sehr großer Teil der oberen Beamten hat tiefe Arbeitsleistungen zu vollbringen, von denen nur erwähnt sein sollen die Abhaltung von Konferenzen mit Interessengemeinschaften aller Art, die viel Zeit in Anspruch nehmen. Die regelmäßige Arbeit der betr. oberen Beamten muß aber gleichwohl von ihnen geleistet werden. Tag der Landtag im Plenum oder in den Ausschüssen bis 1/2 oder 8 Uhr abends, dann müssen eine Anzahl Ministerialräte ebenso anwesend sein, wie die Landtagsabgeordneten.

So steht es in Wirklichkeit um die „Herren Räte“. Das alles sollte man auch vom sozialdemokratischen Standpunkt bedenken und auch die mittleren und unteren Beamten sollten es nach der Richtung hin an Objektivität nicht fehlen lassen. Die Sozialdemokratie tritt doch dafür ein, daß die Unterscheidung zwischen unteren, mittleren und oberen Beamten verwindet. Also muß auch verschwinden die summarische Beurteilung sämtlicher hohen Beamten in Bezug auf ihre Dienstleistungen und ihre Arbeitszeit. Geistige Arbeit und hohe Verantwortlichkeit für getroffene Entscheidungen sind nun einmal anders einzuschätzen, wie rein mechanische Leistungen. Darüber ist man sich sogar in der Sowjet-Republik Rußland und unter der Herrschaft Lenins klar geworden; warum will man im aufgeklärten Deutschland in manchen Beamtenkreisen das nicht einsehen?

Was kostet . . . ?

Von der bisherigen Ernte, welche die Natur an Früchten hat reifen lassen, haben sich nur die wenigsten Glieder des Volkes etwas aneignen können. Die Preise waren so hoch, daß nur Familien, die von 2500 M monatlich an zu betreiben haben

(und auch diese Summe wird bald zu gering sein!) sich Früchte zum Einmachen kaufen konnten. Die Einmachgläser, sonst um diese Jahreszeit gefüllt, stehen leer und verstauben im Keller und auf dem Speicher. Johannistrauben, Himbeeren, Stachelbeeren, Heidelbeeren waren 20mal teurer als 1914. Birnen und Äpfel (Balsobst und Kollerte, nicht haltbare Ware oder Edelsorten) werden jetzt zu 3 M das Pfund (früher 10-15 Pf.), Pfäunen und Frühgänse zu 4 M (früher 20-25 Pf.) verkauft. Es scheint ausgemacht zu sein, daß Fruchtmarmeladen sich der Mittelstand nicht mehr leisten darf, während gerade diese Marmeladen früher das allerbilligste, der Brotaufstrich der armen Leute, war. Butter aber kostet in den Städten bis zu 30 M (gegen 1914 das 20fache) und kann nur noch von Personen mit ganz großen Vermögen oder ganz großen Verdiensten (meist durch nicht-produktive Arbeit gewonnen) gekauft werden. Für Obst (Tafel- wie Mostobst) werden in Oesterreich und im Bodenseegbiet von Händlern Preise geboten, die es ausgeschlossen machen, daß sich Arbeiter, Angestellte und mittlere Beamte Obst einlegen oder Most bereiten können. Das Wichtigste aber sind die Karzoffeln. Für Winterkartoffeln werden von Händlern selbst in abgelegenen Gegenden ohne Bahnverbindung 80 und 90 Mark für den Zentner geboten! Im Verkauf kommen die Karzoffeln dann nach Einrechnung für Transport, Frucht und Händlergewinn auf etwa 130 M bis 140 M der Zentner. Das wäre gegen 1914 ein etwa 30 fach höherer Preis! Was kostet Holz und Kohle, was das Brot, was soßen Kleber, Schuhe, Wäsche, was kostet bald die Mele? Wohin sollen diese Preise führen? Die profitloßen Schaffenden leben von der Hand in den Mund und es reicht oft noch nicht. Durch Rohrn- und Gehaltserschöpfung ist dem Lebel gewiß nicht abgeholfen, denn diese Kosten machen die Waren wieder teurer. Aber einwäuelen bleibt dem Arbeiter und Angestellten nichts anderes übrig, als mit dem Lohn in die Höhe zu gehen. Er muß doch seinen Lebensbedarf kaufen können. Doch nur uns bei diesem System überreichen oder polnischen Baitaverhältnissen nähern, ist klar. Der Kapitalismus, der diese Zustände heraufbespororen hat, mag sehen, wie er damit zurechtkommt.

Die Aufkäufer

Die Ursachen der hohen Preise aller Lebensmittel dürften zum erheblichen Teil in der Jagd der Händler und Aufkäufer nach hohen Gewinnen. Die Ernte befindet sich noch auf den Feldern, da geht das Rennen und Lieberzeiten dieser Profitjäger schon wieder los. Alle möglichen Manipulationen werden angestellt, um ja, wenn die Einkäufe getätigt sind, einen recht fetten Verdienst einzufahren. Zeitungsmeldungen von einer bölligen Mißernte, einer heißen Hungersnot und anderem mehr werden in die Welt gesetzt, damit das bedürte Volk willig jeden Preis zahlt. Beim Erzeuger selbst überbieten sich die Aufkäufer gar schamlos zu dessen Freude in ihrer Habgier. Ob die Ware gut ist oder schlecht, es wird einfach drauf los geboten; das Volk in den Städten kann es sich bezahlen. Die dieses volksverderbende und verbrecherische Spiel wieder in ungesäuntem Umfang getrieben wird, beklagt eine Rede des Reichsernährungsministers Dr. Hermann in Ludwigshafen in der er es rügte, daß ganz Detre von Aufkäufern aus den Industriegebieten den Lebensmittelmarkt überfluteten und durch allzu vorseitige Einkäufe die Preise in die Höhe treiben!

Diese Heere von Aufkäufern wollen alle verbannen, wollen alle schnell reich werden, wollen ein luxuriöses Wohlleben führen wollen am liebsten ohne Steuern zahlen, alle auf Kosten der Allgemeinheit! Zu diesen Parasiten gesellen sich noch reiche Heere von Krämer, Veräußern usw., die ebenfalls schnell reich werden wollen. Das nennt man dann im privatwirtschaftlichen Jager „Auswüßler“. Wer aber auch nur ein Klein wenig tiefer in das Privatwirtschaftsgetriebe hineinzugucken vermag, der weiß, daß es ein System ist, das nicht ohne ausgerottet wird, bis der ganze Warenhandel nach sozialistischen Grundrissen von Genossenschaft zu Genossenschaft geregelt wird. Wer also über die hohen Preise klagt, der denke immer an diese Tassaden und handle danach. Der Bürger ist ein privatkapitalistisches Gewächs er wird von allen Freunden des kapitalistischen Systems jüschweigend geduldet, ja sogar noch unterstützt.

Zunahme der Ehescheidungen.

Die Zahl der Ehescheidungen ist im Deutschen Reich von 1908 mit 9930 bis 1918 auf 17885 angewachsen. Auf je 100 000 Einwohner von 16,9 auf 26,8. Im Jahre 1919 ging die Zahl auf 16,2 zurück, stieg aber schon 1918 auf 20,6 und 1919 auf 26,8, fast doppelt so viel wie 1908 und 1909. 1919 war die Zahl der Ehescheidungen am größten in Hamburg mit 28,4, dann in Berlin mit 11,8, es folgt Bremen mit 9, im weiten Abstand folgen Sachsen mit 8,2, Mecklenburg mit 3,9, Württemberg mit 2,4 und Oldenburg mit nur 2,7.

Ferienübertransporte. Am Freitag, 12. Aug. nachm. 4.30 Uhr treffen die Kinder aus den Ferienkolonien Marzfell und Netzen am Altstadthof ein.

Von der Technischen Hochschule. Benediktinerpater Raphael Hgcl., zur Zeit Mitglied des Forschungsinstituts für Psychologie in München, hat einen Kaufvertrag von der chemischen Abteilung der Technischen Hochschule für Potodemie erhalten.

Die Bevölkerung Deutschlands. Die deutsche Bevölkerung, die 64,9 Millionen im Jahre 1910 betrug und die, wenn nicht der Krieg dazwischen gekommen wäre, Ende 1919 auf 72,6 Millionen angewachsen wäre, ist heute auf 61 Millionen gesunken. Der Geburtenausfall macht allein 3,7 Millionen aus, während der Verlust an im Kriege Gefallenen auf 1,7 Millionen berechnet wird, der Ausfall durch Abtretungen und Abtretungen des Saarreviers auf 8 Millionen anzuschlagen ist.

Veranstaltungen im Stadtbogen. Die Gunst des Wetters ausnützend, sind im Stadtbogen für die nächste Zeit noch eine Anzahl verchiedenartiger Darbietungen vorgesehen, die aus dem Rahmen der üblichen Veranstaltungen herausstehen, so für nächsten Samstag, den 13. d. Mis., nachmittags, ein Wasserparade (Reigen, Schifferreihen, Wasserpantomime) ausgeführt von Mitgliedern des Karlsruher Schwimmvereins, Dienstags, den 16. August, abends, ein Doppelsong der Harmoniekapelle und des besten bekannten Karlsruher Männerchors aus Stuttgart, Samstag, den 20. d. Mis., abends, ein Brillantfeuerwerk des bekannten Protodierers Filder aus Clebronn (Württemberg) mit anschließender bengalischer Beleuchtung des Tees und der Anlagen, für Sonntag, den 27. August, eine Wiederholung des Strauchabends, für den Musikdirektor Strauch ein genutzreiches Programm zusammengestellt hat. Weiter sind vorgesehen für Samstag, den 3. September, Luftballonaufstieg mittels eines Hestballons unter Mitwirkung des Luftkapitäns Reich aus Stuttgart, der aus etwa 200 Meter Höhe einen Fallschirmabsturz unternehmen wird. Bei dieser Gelegenheit können Besucher des Gariens Aufstiege im Ballon gegen bestimmte Tagen unter Führung des Karlsruher Luftfahrtvereins unternommen.

Sommersprossen

Leberflecke, Mitesser, Pidel, unreiner Teint, Röt des Gesichts und der Hände verschwinden, die Haut wird zart, weiß und geschmeidig durch erprobt, garantiert unachad, hautbleichend Klorokrem M. 250 Kloroseife M. 6.— Überall erhältlich. Fabrikant: Laboratorium Leo, Dresden-R. 4

Som... hige der... hute Ab... mitter, beg... über Kar... und schon... ne Sonne... steht keine... ssende ge... wischen... eingeschlag... hen auf ein... Betrieb ge... (Genuß)... Statistiker... Eintrouer.

Wet... gewiesen w... führungsb... lich inlä... überwadu... und Klein... September... die Anmel...

Stad... Müßberei... Bach, Wagn... Fußba... ballverein... mitteil, tr... an, da er... Sp. Man... harzen Kar... R. B. bere... gelegenhe... mera auf a... kta über... erien Mar... Junioren i...

p. Kra... tis., born... ein junger... Er wurde... verbracht.

Da... Der V... ts. Ausg... Schweiz no... per Pfd. S... port notier...

Wetter... Das f... wirts aus... mit Gewitt... morgen ist... Dudes zu... 12. August... zelt gering...

Schiff... Mannheim... KI... Geidels... nur 70 Pen... Heib... ung soll... igen Stell... von Verba... Freil... ausflug st... fingen und... Wiet.

Geidels... D... ausgearbei... megebäude... Behände so... räume usw... sprechen. U... begriffen... berges Wer... ziemlich we... allem dieje... seit Jahren... Wiede durt... zuführen.

Freil... Silberfisch... det die Pre... auf das S... man heisse... dranz und... fentlichen... machen sie... bereitehen... aufseher ist... und Müßbil...

Schiff... nachmittag... wald ein W... wachsend n... alarmierten... auf seinen... ? Dana... ist das neu... den etrunke... ? Ohn... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

Kort (A... anhalten lei... Spitzfische... bet sich in... bet mit eine... der Staat n...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

... durch Kurzf... S x o t t l... fämtliche G... Oekonomiege... beläuft sich... nur der...

Vom Wetter. Nach der fast ausichtslosen Trockenheit und Hitze der letzten Tage trat gestern nachmittag die so sehr ersehnte Abkühlung durch Gewitter und Regen ein. Das Gewitter, begleitet von mehreren heftigen Blüschlägen, entlud sich über Karlsruhe, doch waren die Niederschläge nicht von Bestand und schon um 1/2 Uhr zeigte sich wieder der blaue Himmel und die Sonne lachte durch das sich verzehende Gewölke. Leider besteht keine Aussicht, daß der heute nacht und heute früh einsetzende spärliche Regen von Bestand ist.

Wie mitgeteilt wird, hat der Fluß im Anwesen des Barje-witschen Sägewerkes, Marienstraße 60, in das Kamin eingeschlagen. Ein sogenannter kalter Schlag hat denselben auf eine Länge von 15 Metern aufgerissen, so daß es außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Einwohnerzahl. Nach den Monatsberichten des städtischen Statistischen Amtes zählt Karlsruhe am 31. März 1921 137 173 Einwohner.

Achtung, Wette! Wie in einer Bekanntmachung darauf hin gewiesen wird, sind durch eine Ergänzung der Weinsteuer-Ausführungsbestimmungen die Wette und Kleinverläufer, die lediglich inländ. Wein vom Faß verpackten, gewisser steuerlichen Überwachungsmaßnahmen unterworfen worden. Diese Wette und Kleinverläufer müssen ihre Betriebe spätestens bis zum 1. September ds. Js. beim Hauptzollamt anmelden. Vordrucke für die Anmeldungen sind bei dieser Stelle erhältlich.

Stadtgartenkonzert. Am Freitag, den 12. ds. Ms. 8-10 Uhr abends findet ein großes Konzert statt, ausgeführt vom Musikverein Karlsruhe; u. a. kommen Werke von Schubert, Bach, Wagner, Korczak und Strauss zur Aufführung.

Fußballwettkampf Wader-München - Weierheimer Fußballverein. Man schreibt uns: Wie der F. C. Wader München mitteilt, tritt er am Sonntag mit kompletter Mannschaft hier an, da er am Sonntag gegen die Oberwaldkreismannschaft, L. u. Sp. Mannheim-Waldhof verpflichtet ist. Infolge der sehr starken Nachfrage nach Sitzplätzen hat sich der Weierheimer F. V. bereit erklärt, eine weitere größere Anzahl Sitzgelegenheiten zu schaffen. Da der Platz im Laufe des Sommers gut ausgebaut worden ist, ist jedem Zuschauer der Ueberblick über das Spielfeld leicht möglich. Vor dem Spiel der ersten Mannschaften werden sich die Phoenix- und Weierheimer Junioren in einem Privattreffen gegenüberstellen.

Krank mit hohem Fieber aufgegriffen wurde am 10. ds. Ms. vormittags 11 Uhr, in einem öffentlichen Abort ein junger Mann aus Mannheim, der hier Arbeit suchen wollte. Er wurde mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Walfahrt-Bericht vom 10. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 7.32% Cts. Auszahlung Holland notierte 25.10% per Holl. Gulden. Schweiz notierte 13.08% per Schw. Fr. England notierte 296.4 per Pf. Sterl. Frankreich notierte 6.34% per frz. Fr. Neuhort notierte 81 % per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterkarte vom 11. August 1921

Das flache Tiefrundgebiet über Frankreich hat sich ostwärts ausgedehnt und gestern in Süddeutschland Erhebung mit Gewittern gebracht, dem heute Abkühlung gefolgt ist. Für morgen ist wieder mit dem zunehmenden Einfluß des hohen Druckes zu rechnen. — Voraussichtliche Witterung bis Freitag, 12. August, nachts: Wiederabnehmen der Bewölkung, vereinzelt geringe Regen, Temperatur wenig verändert.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 95, gef. 8; Neßl 185, gef. 8; Marau 343; Mannheim 216, gef. 1 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 9. August. Der Besel des Adars weiß zur Zeit nur 70 Zentimeter auf.

Heidelberg, 10. Aug. Die nächste Schloßbelichtung soll vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Stellen am Freitag den 22. August stattfinden; sie wird vom Verband Deutscher Wäldervereine veranstaltet.

Freiburg, 10. Aug. Auf der Rückreise von einem Sänger-ausflug führte Waffner Gustav Hansler zwischen Säckingen und Schopfheim aus dem Zuge und wurde sofort ge-tötet.

Heidelberg, 9. August. Allen Ansehen nach ist der Neubau des Heidelberger Personenbahnhofs auf viele Jahre hinaus ver-schieben. Die Eisenbahngeneraldirektion hat nämlich einen Plan ausgearbeitet, der die bauliche Erweiterung des jetzigen Aufnah-megebäudes im Personenbahnhof vorsieht. Es ist beabsichtigt, das Gebäude so umzubauen, damit Schalterhalle, Verletzte, Gepäck-däume usw. wenigstens annähernd dem großen Verkehr ent-sprechen. Das jetzige alte Aufnahmegebäude soll in den Umrah-men unbegriffen werden. Die Vorbereitungen für den neuen Heidel-berger Personenbahnhof waren bekanntlich vor dem Kriege schon ziemlich weit gediehen. Die bereits geschaffenen Anlagen, vor allem diejenigen für die neuen Gleisführungen, liegen man-zeit Jahren tot da und sind vollständig verwittert. Finanzielle Gründe dürften maßgebend sein, den Neubau vorläufig nicht aus-zuführen.

Freiburg, 10. Aug. Zu der gemeldeten Flucht der Silberhändler aus dem hiesigen Unterwaldungsamt meldet die „Freiburger Zeitung“, daß die Flucht von langer Hand auf das Sorgfältigste vorbereitet war. Im Wadertum ließ man heißes Wasser laufen, wodurch der Dampf ins Freie drang und den Aufseher veranlaßte, die in Zivilkleidung be-findlichen Häftlinge zu verlassen und nach dem Rechte zu sehen. Diesen Augenblick benutzten die drei Schieber, den Ge-fängnischef mit eigenem Schlüssel zu verlassen. Das Schloß machten sie dann von außen unbrauchbar und führten in dem bereitstehenden Kraftwagen der Grenze zu. Ein Gefängnis-aufseher ist unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung und Mithilfe bei der Flucht verhaftet worden.

Höfzingen (Amt Donaueschingen), 10. August. Gestern nachmittag entlief zwischen Höfzingen und Belsa im Barchen-wald ein Waldbrand, der, da alles ausgetrocknet ist, leicht hätte weiterwirken können. Leute, die auf dem Feld arbeiteten, alarmierten die Feuerwehre, welcher es gelang, den Brand noch auf seinen geringen Umfang beschränken zu können.

Donaueschingen, 10. Aug. In der Nähe der Stadtmühle ist das neunjährige Schindchen des Regiers Schinger beim Baden ertrunken.

Ohltingen, 10. August. In Ohltingen bei Badollzell brach durch Kurzschluß gestern abend im Anwesen des Landwirts Ant. Schörl Feuer aus, das rasch um sich griff und dem fast sämtliche Getreide- und Futtervorräte zum Opfer fielen. Das Oelonomiegebäude ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden beläuft sich auf ca. 40 000 M. Bau den verbrannten Sachen war nur der geringste Teil versichert.

Karl (Amt Neßl), 10. Aug. Wie die meisten Wohlthätigkeits-anstalten leidet auch die hiesige Pflanz- und Pflanzschule für Epiphytische unter der andauernden Geldnot und befindet sich in einer großen Notlage. Die Rechnung für 1920/21 hat mit einem Fehlbetrag von 106 000 M. abgeschlossen. Da der Staat nur ein Zuschuß von 50 000 M. bewilligt hat, müssen

56 000 M. durch milde Spenden aufgebracht werden. — In neuester Zeit wurde in der Anstalt ein Kinderheim ein-gerichtet, in dem städtische Kinder Erholung finden können. Bis jetzt sind vier Gruppen Karlsruher Kinder hier gewesen. Bei sechsmonatlichem Besuch können das Jahr hindurch 400 Kin-der im Kinderheim benützen. Die Kinder genießen bisher gut. Pflanzschulen sind ihnen Missionar Stolz und Braum, die von fünf Kindergärtnerinnen bei ihren Arbeiten unterstützt werden.

Konstanz, 10. Aug. Gestern abend sind in Hegnau zwei Knaben, der Realschüler Anton Kuf und der Volksschüler Gebhard Waldvogel beim Baden ertrunken. Beide waren etwa 11 Jahre alt. Die Leichen wurden geborgen.

Vörsach, 10. Aug. Ein wegen Landesverrats (Industrie-spiionage) verhafteter Schweizer Offizier sollte von hier nach Heidelberg verbracht werden. Der Gendarm benötigte, ent-gegen seiner Weisung, statt der Bahnlinie Vörsach-Leopoldsdorf, die Strecke Vörsach-Basel. Auf dem Basler Bahnhof erklärte der Verhaftete, er sei auf heimatischem Boden und brauche dem Gendarmen nicht mehr zu folgen.

Mannheim, 9. Aug. Der Markt macht zur Zeit einen recht karglichen Eindruck. Gemüse fehlt, Obst ist noch genug vorhanden, aber die hohen Preise machen es den meisten Frauen nicht möglich, einzukaufen. Allerdings hört man die Klagen über die ganz unerhörten Preise. Auch an Kartoffeln mangelt es. Nur ein Händler hatte gestern zwei Stuppen Kar-toffeln zum Verkauf ausgesetzt, die er aber nicht auswiegen wollte, da sie angeblich schon verkauft waren. Da aber das Publikum eine drohende Haltung einnahm, sah der Händler sich gezwungen, seine Kartoffeln im Kleinen zu verkaufen.

Höfzingen, 10. Aug. Aus russischer Gefangenschaft zurück-gekehrt ist in diesen Tagen als letzter Kriegsgefangener Linus Dörr. Er befindet sich seit Februar 1916 in Aufbruch bzw. Sibirien. Den Winter machte er zu Fuß nach Petersburg und von dort per Schiff nach Sibirien.

Wittenweier bei Lahr, 10. Aug. Beim Baden im Rhein ist er Grenzauflieger Otho Schumacher ertrunken.

Reinheim, 10. Aug. Auf der Linie Rimbach-Börsen-bach geriet ein Kleinwagen unter einen in voller Fahrt be-findlichen Güterzug. Ein Mann wurde sofort getötet und zwei Kinder wurden schwer verletzt, von denen eines ebenfalls gestorben ist.

Soziale Rundschau

Angehorene Preissteigerung durch Ausfuhr wichtiger Rohstoffgüter

Am 12. Juli hat der Reichsernährungsminister die Ausfuhr von Süßwasserfischen freigegeben. Am 1. August verbandte die württembergische Fischereigenossenschaft an ihre Kunden nach-folgendes Rundschreiben: „An unsere sehr geehrten Anwohner! Durch Freigabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen in das Aus-land wurden wir genötigt, um die Abwanderung der Bodenbesitzer nach dem Auslande zu verhindern, unsere Fische die-selben Preise zu bewilligen, die die Schweizer Fischer erhalten. Daher die wesentliche Preissteigerung für Bodenbesitzer.“

Der Reichsernährungsminister deutscher Feinstoffindustrie e. V. Berlin hat sofort bei Bekanntwerden der Ausfuhrerlaubnis für Süßwasserfische beim Reichsernährungsministerium nach den Gründen dieser so überausgehenden und kaum verständlichen Preis-gabe der Ausfuhr von Süßwasserfischen gefragt. Der betref-fende Delegiert gab an, daß die Freigabe nach Rücksprache mit den Interessierten der Fischereigenossenschaft erfolgt sei, weil ein Ueberangebot in Süßwasserfischen vorliege und man befürchte, daß jetzt im Hochsommer die Fische verderben würden.

Der genannte Verband hat sich, um ganz sicher zu gehen, sofort an die Inhaber der bedeutendsten Fisch- und Feinstoffge-schäfte in verschiedenen Städten Deutschlands gewandt und von diesen übereinstimmend die Auskunft erhalten, daß von einem Ueberangebot in Süßwasserfischen keine Rede sein kann. Im Gegenteil, die Nachfrage nach Fischen und Seezischen ist nach wie vor außerordentlich stark; wenn trotzdem der Absatz zu wünschens-würdig läge, so liegt das nur an den enorm hohen Preisen für Süßwasserfische, die nur ein geringer Teil der Bevölkerung zu zahlen imstande ist.

Aus dem anfangs wiedergegebenen Rundschreiben der Würt-tembergischen Fischereigenossenschaft geht klar hervor, daß unsere Befürchtungen, die Ausfuhrerlaubnis würde zu einer ungeheuren Preissteigerung und womöglich zum gänzlichen Verschwinden der Fischpreise vom Markt führen, leider nur allzu begründet war. Wenn diese unangenehme Veränderung der Regierung nicht abzu-wenden ist, so werden die Inlandspreise eine solche Höhe erreichen, daß überhaupt nur noch Kriegsgewinner und Schieber sich den Luxus eines Fischgerichtes eben leisten können.

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes. Die Besserung auf dem Arbeitsmarkt hat auch in der Reichsstadt angehalten. Während die Zahl der Arbeitslosen sich im Allgemeinen vermindert, ist die Zahl der offenen Stellen langsam im Steigen be-griffen und sowohl die Erwerbstätigen wie die Auslandsarbeiter sind weniger geworden. In der Landwirtschaft gestaltet sich die Lage weiterhin günstig. Viehzüchter wurden von der Indus-trie der Steine und Erden noch vielfach verlangt. In der Me-tallindustrie werden einige Betriebe Betriebsänderungen vornehmen müssen. Die Billiger Warenindustrie ist vollständig ver-fähig. Eine leichte Besserung war auch in der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie festzustellen. Nicht guten Geschäftsgang hat die Bekleidungsindustrie in Vörsach zu verzeichnen. Das Holz-gewerbe war ebenfalls ausreichend mit Arbeit versehen. Sehr starken Bedarf hatte das Baugewerbe nach Malern, Malern, Zimmerleuten weiter zu verzeichnen. Fabrikarbeiterinnen waren vielfach gesucht.

Rekte Nachrichten

Entlassung der Angestellten

Mannheim, 10. Aug. Im alten Werk von Benz u. Co. haben jetzt die schon lange angekündigten Entlassungen begonnen. Gestern wurden 152 Angestelltenkündigungen ausgesprochen. Mangel an Arbeit soll der Grund sein.

Streik in den Aluminiumwerken

Singen, 10. Aug. Die Arbeiterchaft in den hiesigen Alu-miniumwerken ist wegen Entlassung verschiedener Betriebs-ratsmitglieder in den Ausstand getreten und hat Streikposten bis an die schweizer Grenze aufgestellt. Die Forderung der Arbeiterchaft läuft darauf hinaus, die entlassenen Betriebs-ratsmitglieder wieder einzustellen.

Zur Vereinigung von Württemberg und Baden

Der württembergische Staatspräsident für die Vereinigung

Stuttgart, 10. Aug. (Drahtbericht.) Gelegentlich eines Besuches des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Sieber in Schweningen am Neckar schickt der Stadtvorstand an die Vereinigung von Baden und Württemberg an und be-tonte, daß Schweningen ein ganz besonderes Interesse an die-

dieser Frage habe. Der württembergische Staatspräsident er-klärte dazu, daß er sich in dieser Frage die denkbar größte Zu-rückhaltung auferlegen müsse, umso mehr, als in Baden die Mei-nung verbreitet sei, Württemberg und speziell er (Staatspräsi-den) habe Annexionsgelüste gegenüber Baden. Das müsse er allerdings sagen, nach sorgfältiger Ueberlegung der hier vor-liegenden Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse sei er nach wie vor überzeugt, daß eine engere Verbindung von Württemberg und Baden ein wirklich wirtschaftliches, finanzielles und ver-waltungstechnisches Bedürfnis sei. Er könne es nicht recht ver-stehen, warum in Baden aus den Kreisen verschiedener Par-teien, auch der Partei, der er angehöre (Demokratie), so starken Widerstand gegenüber diesen Bestrebungen sich geltend machen. Er betone, irgendwelcher Gedanke auch nur auf einem andern Wege, als dem der gütlichen Verständigung diese Vereinigung zu erreichen, liege der württembergischen Bevölkerung wie auch der Regierung vollständig fern.

Diese Äußerung des württembergischen Staatspräsi-identen ist durchaus erfreulich. Sie zeigt, daß man in füh-renden politischen und Regierungskreisen in Stuttgart etwas weitblickender ist als in anderen Lan-deskreislagen. Wir hoffen auch, daß die Vereini-gungsfrage energisch weiter betrieben wird.

Die Franzosen nehmen Massenverhaf-tungen in Oberschlesien vor

W.D. Kofel, 10. Aug. In den Ostschlesien Kofel und Großschlesien nahmen französische Patrouillen Massenverhaf-tungen von Deutschen vor, so in vergangener Nacht in den Ostschlesien Großschlesien, Kleinhammer und Slawenitz. Die Verhafteten wurden nach Gleiwitz geschafft. Angesichts der Drohungen der polnisch gefürhten Bevölkerung flüchten die Deutschen.

Ein Mahnruf des Kreises Leobschütz an den Obersten Rat

11. Leobschütz, 11. Aug. An den Obersten Rat in Paris hat der deutsche Ausschuss in Leobschütz noch in letzter Stunde folgenden Mahnruf gerichtet:

„Der Kreis Leobschütz hat sich bei der Abstimmung mit 99,63 Prozent der abgegebenen Stimmen für Deutschland er-klärt. Die Bevölkerung erwartet daher auf das bestimmteste, daß er ungeteilt bei Deutschland verbleibt, nachdem die Bräu-erungen des Friedensvertrages gegeben sind, nämlich der Zu-sammenhang mit Deutschland durch die für Deutschland gün-stige Abstimmung der Bevölkerung Oberschlesien und Opeln ge-wahrt ist. Sie widerspricht auf das entschiedenste, daß auch nur eine einzige Ostschlesische Wäldchen separat wird, die dies in den jüngsten Tagen im Prager Parlament vor-brachten.“

Die Zustände in Polen

Berlin, 10. Aug. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Bromberg berichtet, ist in dem Gute Wdlig-Struschin eine Räu-berbande eingedrungen, die den Besitzer Albert Albrecht, dessen Frau und Schwiegervater, den Sohn des Lehrers, einen Knaben und eine Waise erschossen. Nur ein kleines sechs Monate altes Kind blieb verschont. Die Mörder haben die ganze Wohnung ausgeplündert.

Die Kämpfe mit dem Senat in Danzig

Berlin, 11. Aug. Wie die Blätter aus Danzig melden, wurde gestern nachmittag im Volkstag der Antrag der Mehrheitsfrakti-on auf Auflösung des Parlaments mit 62 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Nach Ablehnung des Antrages brachten die Sozialis-ten einen neuen Antrag ein, durch den dem Senat das Mit-stimmen ausgedrückt wird. Der Volkstag wird am nächsten Dienstag über diesen Antrag Beschluß fassen.

Reichstag und Brotpreiserhöhung

W.D. Berlin, 10. Aug. Bei seinem Zusammentritt im September wird sich der Reichstag voraussichtlich sofort mit der Frage befassen, in wie weit die Brotpreiserhöhung, die Steige-rung der Milchpreise und die Auswirkung der Steuerer-gebung eine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung herbei-führen wird, und inwieweit der bei der durch die Reparationen auf äußerste angespannte Finanzlage durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu beugen ist. Diese Frage wird nicht ohne Beachten mit den Landesregierungen geregelt werden können.

Von den Steuerplänen der Reichs-regierung

Berlin, 11. Aug. (Privat.) Die „Post. Ztg.“ erfährt, daß im Kabinett der Gedanke erwogen wird im Anschluß an die Körperschaftsteuer eine Art Vesteiligung des Reiches an den Sachwerten durch eine teilweise Kapitalisierung dieser Steuer durchzuführen und zwar etwa in der Weise, daß die Gesellschaften Gewinne ausgeben, die dem Reich das Recht auf einen Anteil vom Gewin-n an den Dividendenvermögen gewährt. Die Beschaffung über dieses Problem ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

Generalfreik in Braunschweig?

Berlin, 11. August. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Braunschweig meldet, wird die dortige Arbeiterchaft wegen der Ansherrung in der Braunschweigischen Metallindustrie durch Flugblätter zum sofortigen Eintritt in den Generalfreik auf-gefordert. Oeffentliche Versammlungen werden zur Frage des Generalfreiks Stellung nehmen.

Vor einem Kampfe in der Berliner Holzindustrie

Berlin, 11. August. Verhandlungen zwischen den Berliner Holzarbeitern und der Berliner Holzindustrie sind wegen der Weigerung der Unternehmer, den Reichsmantelarif auch für Berlin anzuerkennen, als ergebnislos abgebrochen worden. Wie der „Vorwärts“ meldet, ist infolgedessen mit einem schweren Kampf in der Berliner Holzindustrie zu rechnen.

Konflikt zwischen Regierung und Polizei in Braunschweig

W.D. Braunschweig, 10. Aug. Die braunschweigischen Polizeibeamten nahmen gestern in einer Versammlung Stellung gegen die Verfügung des Staatsministeriums, der alle nicht festangestellten Polizeibeamten, die dem Bund der Front-soldaten „Stahlhelm“ und ähnlichen Vereinigungen angehören, zu entlassen und fordern von der Regierung die Aufhebung dieser Verfügung. Auch der Beamtenrat erhebt in einer Ent-schließung Protest gegen die Entlassung der 54 Polizeibeamten, die ungeschädlich sei. Der Protest ist dem Reichsministerium des Innern überandt worden. Die Angelegenheit dürfte auch die Landesversammlung beschäftigen.

en
Geleits
und ge-
lehrten
eife
resden-N.4

